



Enttäuschte Hoffnungen? Einstellungen der ungarischen Bevölkerung zur EU

POLICYSOLUTIONS



**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Enttäuschte Hoffnungen? Einstellungen der ungarischen Bevölkerung zur EU

September 2016

András Bíró-Nagy – Tibor Kádó – Ádám Köves

POLICYSOLUTIONS 

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Inhalt

Zusammenfassung	3
Einleitung	8
1. Die Beurteilung der EU-Mitgliedschaft in Ungarn	9
2. Die allgemeine Beurteilung der EU	12
3. Erwartungen an die Zukunft der EU	15
4. Die größten Vorteile der EU	17
5. Assoziationen mit der EU	20
6. Die Beurteilung der Demokratiequalität in der EU	25
7. EU- versus nationalstaatliche Kompetenzen	27
8. Vertrauen in die EU und in die nationalen politischen Institutionen	32
9. Die Beurteilung des Europäischen Parlaments in Ungarn	36
Über die Autoren	41
Impressum	41

Zusammenfassung

Policy Solutions untersucht in der vorliegenden Studie, wie sich die Meinung der Ungarn zur Europäischen Union seit 2010 entwickelt hat in einer Zeit, in der die EU praktisch ununterbrochen zum Krisenmanagement gezwungen war und, parallel dazu, kritische Stimmen auch in der ungarischen Politik immer lauter wurden. Die Analyse beruht auf Eurobarometer-Erhebungen und einem Vergleich der Ergebnisse vom Frühjahr 2010 mit den bisher neuesten Daten vom Herbst 2015, wobei die ungarischen Daten in den Kontext der Resultate aus den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gesetzt wurden.

Nach 2010 war die Einstellung der Ungarn zur EU-Mitgliedschaft Gegenstand mehrerer Untersuchungen. Jede kam zu dem Schluss, dass diejenigen in der Mehrheit sind, die sich die Zukunft Ungarns als Mitglied der Europäischen Union vorstellen. Wie die Daten des Eurobarometers vom Herbst 2015 zeigen, hat die überwiegende Mehrheit der Ungarn ein positives oder neutrales Bild von der Europäischen Union. Diesen positiven und auch den neutralen Standpunkt vertreten vier Fünftel der Befragten, und nur jeder Fünfte ist zur EU negativ eingestellt. Auch im regionalen Vergleich schneiden die ungarischen Werte günstig ab, denn unter den vier Visegrád-Ländern ist nur in Polen die allgemeine Beurteilung der EU besser. Grundsätzlich bewegen sich die Gefühle gegenüber der EU in Ungarn stabil im positiven Bereich, wenngleich eine gewisse Image-Erosion und Vertrauenseinbußen von 2010 bis 2015 zu beobachten sind.

Trotz des eher positiven Bildes, das die Ungarn und auch allgemein die EU28-Bürger von der EU besitzen, beurteilen die europäischen Bürger den derzeitigen Kurs der Union ganz anders. Nach Angaben von 2015 sind auf gesamteuropäischer Ebene diejenigen in einer relativen Mehrheit, nach deren Meinung die Dinge in der EU in keine gute Richtung gehen: Mehr als vier Zehntel (43%) der Befragten meinen, dass die europäischen Prozesse einen ungünstigen Verlauf nehmen. Demgegenüber beurteilen nur halb so viele die derzeitigen Entwicklungen in der Union als positiv: Sie machen knapp ein Viertel (23%) der gesamten EU-Bürger aus. Auch in Ungarn bilden

diejenigen, die besorgt sind, die relative Mehrheit, die allerdings mit 38% um fünf Punkte unter dem EU-Durchschnitt liegt. In den 28 Mitgliedstaaten der EU sank innerhalb von fünf Jahren der Anteil der Optimisten um durchschnittlich vier Punkte, während das Lager der Pessimisten um den gleichen Wert wuchs. Im Falle Ungarns verringerte sich der Anteil derjenigen, die die Zukunft der EU optimistisch sehen, um zwei Punkte, während der der Bürger mit einer negativen Meinung zur Zukunft der EU um sechs Punkte von 41 auf 47% stieg.

Als wichtigste positive Ergebnisse der Europäischen Union betrachten die Ungarn den gemeinsamen Markt sowie die Freizügigkeit von Kapital, Waren, Personen und Dienstleistungen. An zweiter Stelle stehen die Erhaltung des Friedens unter den Mitgliedstaaten und an dritter Stelle die Schüleraustauschprogramme. Was die gesamte EU anbelangt, so bezeichneten die meisten den Frieden unter den Mitgliedstaaten als den größten Vorteil der Union (56%). Bestätigung fand diese weitverbreitete Meinung in der Tatsache, dass die EU 2012 den Friedensnobelpreis erhielt. Frieden in Europa zu schaffen und zu wahren wird von viel weniger Ungarn zu den wichtigsten Errungenschaften der EU gezählt (39%) – was zugleich der niedrigste Wert innerhalb der Visegrád-Gruppe ist. Laut Eurobarometer verbindet ein Zehntel der Ungarn nichts Positives mit der Europäischen Union.

Nach Meinung der europäischen Bürger steht die EU am ehesten für die Freizügigkeit von Personen sowie den Euro. In den 28 Mitgliedstaaten der EU verbinden die Hälfte der Befragten (49%) die Europäische Union mit der Möglichkeit sich innerhalb der EU frei zu bewegen und ihren Wohn-, Arbeits- und Studienort frei wählen zu können sowie fast vier von Zehn (37%) mit der gemeinsamen europäischen Währung. Europaweit wird die europäische Integration auch häufig mit Frieden und kultureller Vielfalt verknüpft. Daran zeigt sich deutlich, dass die populärsten Assoziationen positiv geprägt sind, jedoch unmittelbar gefolgt von mehreren negativen Aspekten. Ende 2015 war die EU für jeden vierten Europäer ein Synonym für Geldverschwendung (25%), für Bürokratie oder die ungenügende Kontrolle der Außengrenzen (je 24%). Auch den Ungarn fällt zur EU zuerst die Möglichkeit der EU-Bürger sich innerhalb der EU frei bewegen und ihren Arbeits- und Studienort frei wählen zu können ein: vier von Zehn (41%) gaben diese Antwort. Zu häufigen Assoziationen in Ungarn zählen des Weiteren die unzureichende Kontrolle der Außengrenzen sowie auch die kulturelle Vielfalt, die an zweiter und dritter Stelle stehen. Interessanterweise sind Assoziationen mit wirtschaftlichem Aufschwung und sozialem Schutz unter ungarischen und auch europäischen Bürgern sehr selten. Weit unter dem europäischen Durchschnitt sind die Ungarn der Meinung, dass sie dank der EU größeren Einfluss auf den Gang der Dinge haben. Während europaweit mehr als ein Fünftel der Bürger diese Ansicht vertritt, sind es in Ungarn nur 13%. Interessant ist jedoch, dass die Ungarn in weit geringerem Maße als der EU28-Durchschnitt die EU mit Bürokratie (15% gegenüber 24% in der Union) und nur halb so oft mit Geldverschwendung verknüpfen.

Jeder zweite Befragte vertritt die Ansicht, dass die Interessen seines Landes in der EU nicht angemessen berücksichtigt werden. In Ungarn meinen nur vier von zehn Befragten, dass die Landesinteressen bei den europäischen Institutionen zur Geltung kommen, was übrigens genau dem EU28-Durchschnitt entspricht. Gegenteiliger Meinung sind in Ungarn 55% der Befragten. Im

regionalen Vergleich ist der ungarische Standpunkt jedoch als eher optimistisch zu betrachten. Im Gegensatz zu den 55% in Ungarn vertreten in Tschechien zwei Drittel und in der Slowakei mehr als sechs Zehntel der Befragten die Ansicht, dass die nationalen Interessen in der Europäischen Union keine Beachtung finden. Die Polen beurteilen die Lage auch in dieser Hinsicht weit positiver als die anderen V4-Länder.

In Ungarn richtet sich die Beurteilung der weiteren Integration grundsätzlich nach den Unionstendenzen. Ähnlich dem EU-Durchschnitt findet die Freizügigkeit der EU-Bürger auch unter den Ungarn die größte Befürwortung – mehr als 75% von ihnen sind mit ihr einverstanden. In unserer Region ist dies allerdings nicht das am höchsten geschätzte Gut, denn vier Fünftel der Tschechen und fast 90% der Slowaken befürworten eines der wichtigsten Grundrechte – das mit der Integration einhergehende Recht auf Freiheit. Ebenfalls dem EU-Durchschnitt entspricht in Ungarn der Befürwortungsgrad einer gemeinsamen Energiepolitik: Sieben von zehn Befragten halten eine Koordinierung energiepolitischer Entscheidungen auf supranationaler Ebene für erforderlich. Der in Ungarn am drittstärksten unterstützte Integrationsbereich ist die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Mitgliedstaaten.

Angesichts der ungarischen Regierungspolitik der vergangenen Jahre ist es nicht überraschend, dass in Ungarn die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zuwanderungspolitik weit weniger Unterstützung findet als allgemein in der Europäischen Union. Während in den 28 Mitgliedstaaten durchschnittlich knapp 70% für eine gemeinsame Migrationspolitik sind, befürworten sie in Ungarn nur ca. 55%, wobei auch die Gruppe derjenigen, die sie ablehnen, mit etwa 40% sehr groß ist. Mit diesem geringen Wert heben sich die Ungarn dennoch nicht von den anderen V4-Ländern ab, da in ihnen allen die Unterstützung für eine gemeinsame EU-Migrationspolitik erheblich unter dem Durchschnitt liegt. Zweifellos stärkt und bestätigt die Politik in diesen Ländern die gesellschaftliche Gesinnung in dieser Frage.

Im Hinblick auf den Euro als gemeinsame europäische Währung sind die Ungarn sehr geteilter Meinung: Nur jeder Zweite heißt ihn gut und fast genauso viele lehnen ihn ab, was im Vergleich zum EU-Durchschnitt einen etwas geringeren Wert darstellt. Was jedoch die Beurteilung des auf Unionsebene am ehesten abgelehnten Bemühens um eine Verstärkung der Integration, nämlich die Aufnahme neuer Staaten in die EU, anbelangt, fällt sie in Ungarn weit positiver aus als in der EU insgesamt. Während in den 28 Mitgliedstaaten alles in allem die Hälfte der Bevölkerung dagegen ist und der Anteil der Befürworter nur ca. 40% beträgt, ist das Verhältnis in Ungarn gerade umgekehrt. Wie insgesamt in der Europäischen Union sind die Ungarn in der Frage einer künftigen Erweiterung stark geteilt, wobei die Erweiterungsbefürworter eine knappe Mehrheit bilden.

Bei einer Untersuchung des Bürgervertrauens in die Europäische Union und die nationale Politik lassen sich aus öffentlichen Meinungsumfragen in den Jahren 2010 und 2015 drei Schlussfolgerungen ziehen: (1) Infolge der zahlreichen Krisen ist das Vertrauen der europäischen Bürger in die Europäische Union gesunken. (2) Obwohl in Ungarn das Vertrauen in die EU zurückgegangen

ist, sind die ungarischen Bürger noch immer weniger euroskeptisch als der Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten. (3) Das Vertrauen in die heimische Politik sank stärker als das in die EU: EU-weit ebenso wie auch in Ungarn schwand das Vertrauen in innenpolitische Akteure in größerem Maße als das in die EU-Institutionen. In den vergangenen fünf Jahren ging in der EU und auch in Ungarn der Anteil derjenigen, die dem direkt gewählten Europäischen Parlament größeres Gewicht verleihen würden, zurück. Trotzdem sind immer noch diejenigen, die meinen, das EP müsste eine wichtigere Rolle als bisher spielen, in einer relativen Mehrheit. In Ungarn würden mehr als vier Zehntel der Bürger begrüßen, wenn das Europäische Parlament eine größere Rolle als derzeit spielen würde. Das sind zwar etwas weniger als vor fünf Jahren, doch immer noch mehr als in den anderen Ländern der Visegrád-Gruppe.

Gegenwärtig genießen weder die politischen Institutionen der Europäischen Union noch die der einzelnen Länder das Vertrauen der Mehrheit der Bürger. Aus den Zahlen geht auch hervor, dass der Vertrauensgrad nicht unbedingt mit dem sogenannten Demokratiedefizit in Zusammenhang steht. Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Großteil der Europäer den EU-Institutionen noch immer größeres Vertrauen entgegenbringt als der eigenen politischen Führung, die im Prinzip in engerem Kontakt zu den Bürgern steht. Obwohl die Beurteilung der Europäischen Union in der letzten Zeit schlechter geworden ist, kann dies angesichts des gleichzeitigen Glaubwürdigkeitsverlustes der nationalen politischen Institutionen nicht als Scheitern des europäischen Projektes bezeichnet werden. Die Untersuchungsergebnisse beweisen, dass die Entfremdung von der politischen Elite und das gesunkene Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des bestehenden Institutionsgefüges Zeichen einer systemrelevanten Krise sind, die nicht eng an die Unzufriedenheit mit der Effizienz der Brüsseler Entscheidungsmechanismen gebunden ist. Bei einem Vergleich der Daten von 2010 und 2015 ist zu erkennen, dass es sich bei der institutionellen Krise um ein reales Problem handelt, in dessen Hintergrund in erster Linie nicht die Auffassung steht, die EU sei inkompetent, sondern vielmehr die Enttäuschung über das bestehende politische System insgesamt.

Einleitung

Nach 2010 gewann die Euroskepsis in der ungarischen Politik in noch nie gesehenem Maße an Boden. Nicht nur mit dem Erstarken der Jobbik, die sich in jener Zeit noch für den Austritt aus der EU einsetzte, wurden Stimmen, die die europäische Integration scharf kritisierten, immer lauter, sondern auch dadurch, dass die Regierungspolitik die Europäische Union in den letzten sechs Jahren zum Feindbild auserkoren hat. Ziel der Policy-Solutions-Studie ist die Untersuchung der Frage, wie sich die Meinung der Ungarn zur Europäischen Union seit 2010 entwickelt hat, in einer Zeit, in der die EU praktisch ununterbrochen zum Krisenmanagement gezwungen war und, parallel dazu, kritische Stimmen auch in der ungarischen Politik immer lauter wurden. Die Analyse beruht auf Eurobarometer-Erhebungen und, wann immer möglich, einem Vergleich der Ergebnisse vom Frühjahr 2010 mit den bisher neuesten Daten vom Herbst 2015. Natürlich wurden die ungarischen Ergebnisse nicht nur allein betrachtet. In jedem Fall wurden die Trends in Ungarn mit den Prozessen in der gesamten Europäischen Union verglichen. Ferner waren wir bemüht, die ungarischen Daten mittels Vorstellung der Ergebnisse aus den anderen Ländern der Visegrád-Gruppe in einen Kontext zu setzen.

In den ersten Kapiteln der Studie werden die allgemeine Beurteilung der Europäischen Union und die Frage untersucht, mit welchen Erwartungen die Ungarn in die Zukunft der Europäischen Union blicken. Im Anschluss daran wird beschrieben, welche Aspekte der europäischen Integration die Ungarn für die wichtigsten Vorteile der EU-Mitgliedschaft halten bzw. was sie mit der EU assoziieren. Analysiert wird des Weiteren, welche Meinung die Ungarn zur Qualität der Demokratie und zu den Möglichkeiten für die Durchsetzung einzelstaatlicher Interessen im Rahmen der EU haben. Ein weiterer Gegenstand der Untersuchung ist die Frage, in welchen Bereichen die gesellschaftliche Befürwortung einer weiteren Integrationsvertiefung am größten und am kleinsten ist. Die vorliegende Studie behandelt ferner die Veränderungen in Bezug auf das Vertrauen der Bürger sowohl in die Europäische Union als auch die nationale Politik. Zum Abschluss werden die Meinungen der Bürger zur einzigen direkt gewählten EU-Institution, dem Europäischen Parlament, erörtert.

1

Die Beurteilung der EU-Mitgliedschaft in Ungarn

Gemäß den diesbezüglichen Rechtsvorschriften ging dem Beitritt Ungarns zur Europäischen Union ein verbindlicher Volksentscheid voraus, d. h. die Wähler konnten direkt über die wichtigste Frage der europäischen Integration des Landes entscheiden. Bei dem am 12. April 2003 abgehaltenen Referendum stimmte die überwältigende Mehrheit der Wähler mit Ja auf die Frage: „Sind Sie damit einverstanden, dass die Republik Ungarn Mitglied der Europäischen Union wird?“¹

Bei der Abstimmung, an der mit 45,62% weniger als die Hälfte aller Wahlberechtigten – was im Vergleich zum Durchschnitt bei den Parlamentswahlen einer erheblich niedrigeren Wahlbeteiligung entspricht – teilnahmen, sprachen sich mehr als vier Fünftel (83,76%) der Wähler für den Beitritt zur EU aus und nur 16,24% lehnten ihn ab. Von den etwa acht Millionen Wahlberechtigten waren somit mehr als drei Millionen für den EU-Beitritt und nur grob 600 000 dagegen. Folglich befürworteten insgesamt fast vier Zehntel, ganz genau 38%, aller stimmberechtigten Bürger den Beitritt zur Europäischen Union, und nicht mehr als 7,37% sagten Nein zur europäischen Integration Ungarns.

In den reichlich zehn Jahren, die seit dem Beitritt Ungarns zur EU vergangen sind, wurden in zahlreichen, voneinander unabhängigen Meinungsumfragen die Haltung zur EU-Mitgliedschaft in Ungarn untersucht, wobei aus den veröffentlichten Studien der letzten fünf Jahre hervorgeht, dass sich die Mehrheit der Ungarn die Zukunft ihres Landes auch weiterhin innerhalb der Europäischen Union vorstellt.

Anhand mehrerer Fragen untersucht das Meinungsforschungsinstitut die Attitüden zur EU-Mitgliedschaft in Ungarn. Sowohl 2011 als auch 2013 stellten die Meinungsforscher bei ihrer Untersuchung die gleiche Frage wie beim Volksentscheid. **Laut der gemeinsamen Umfrage von Policy Solutions und Medián hätten 2011 etwas mehr als zwei Drittel (69%) der**

¹ http://valasztas.hu/nepszav03/outroot/hu/10_0.html.

Ungarn bei einem Volksentscheid zur Bekräftigung der EU-Mitgliedschaft erneut mit Ja gestimmt und nur jeder vierte Wähler (24%) hätte den Beitritt abgelehnt; 8% wären unentschieden gewesen.²

Auch in einer Umfrage, die Medián zwei Jahre später gleichfalls in Form eines fiktiven Volksentscheids durchführte, bildeten die Befürworter der Europäischen Union die absolute Mehrheit,³ was allein schon deshalb bemerkenswert ist, weil die gegen die EU gerichtete „Freiheitskämpfer“-Rhetorik der ungarischen Regierung bis zum Sommer 2013 bereits sehr intensiv geworden war. **Trotz des kommunikativen Gegenwindes der Regierung hätten etwa sechs Zehntel (59%) der Befragten für die EU-Mitgliedschaft gestimmt** und grob ein Drittel (32%) hätte sich gegen sie ausgesprochen. Mit anderen Worten: Sogar noch 2013 war der Anteil der Befürworter doppelt so hoch wie der der extremen Euroskeptiker.

In der gleichen Medián-Untersuchung gab es noch eine andere Frage, die gegenüber der ersteren etwas abgeschwächt formuliert war. Mit ihr wurde die Unterstützung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union gemessen, und auch hier zeigte sich grundsätzlich eine positive Einstellung zur EU. **Im Sommer 2013 galten nach eigener Aussage fast zwei Drittel (65%) der Ungarn als Unterstützer der Mitgliedschaft Ungarns in der EU** – jeder fünfte Befragte voll und ganz und weitere 45% von ihnen „eher“. Ihnen gegenüber steht weniger als ein Drittel der Bevölkerung, das die EU-Mitgliedschaft Ungarns ablehnt, wobei insgesamt aber nur 11% von ihnen als extreme EU-Gegner betrachtet werden können.

Zwei Jahre später, im Herbst 2015, veröffentlichte das Meinungsforschungsinstitut erneut das Ergebnis seiner aktuellen Untersuchung bezüglich dieser Frage: Die Unterstützer der EU-Mitgliedschaft nahmen zahlenmäßig zu.⁴ **Im September 2015 konnten bereits fast drei Viertel (74%) der Befragten als Befürworter der Mitgliedschaft bezeichnet werden, die Hälfte der Ungarn unterstützte sie „eher“ und ein weiteres Viertel voll und ganz.** Die Zahl der Mitgliedschaftsgegner sank im Vergleich zu zwei Jahren zuvor erheblich, denn 2015 lehnten sie nur noch 22% ab und der Anteil derjenigen unter ihnen, die sehr gegen die EU-Mitgliedschaft Ungarns sind, fiel mit 6% wesentlich geringer aus.

Das Publicus-Institut führte 2009 und auch 2015 Erhebungen bezüglich der Einstellung der ungarischen Wähler zur EU-Mitgliedschaft durch.⁵ Bei den Meinungsumfragen wurden 2009 und, sechs Jahre später, 2015 den Befragten folgende Frage gestellt: „Wenn am kommenden Sonntag ein Volksentscheid darüber stattfände, ob Ungarn der EU beitreten soll, wie würden Sie entscheiden?“ **2009 hätte jeder zweite Ungar in dieser Wahlsituation über den EU-Beitritt mit Ja gestimmt, während nur weniger als ein Fünftel (17%) die EU-Mitgliedschaft Ungarns bei einem Volksentscheid abgelehnt hätte,** d. h. der Anteil der Befürworter war dreimal höher als der der Gegner. Zugleich war bei diesen Umfragen der Anteil unsicherer Befragter relativ hoch. Insgesamt enthielt sich mehr als ein Drittel der Ungarn einer

² http://www.policysolutions.hu/userfiles/elemzes/27/euroszkepticizmus_magyarorszagon.pdf. (Seite 4)

³ <http://www.median.hu/object.0b5065b6-2560-4a4b-9422-cb74f140624d.ivy>.

⁴ <https://www.facebook.com/median.hu/photos/a.1378324522412809.1073741828.1377199592525302/1690219394556652/?type=1&theater>.

⁵ http://www.publicus.hu/blog/ma_ujra_belepnenk_az_eu-ba_kiveve_a_jobbik_szavazok/.

Meinungsäußerung: 17% von ihnen behaupteten, dass sie sich nicht am Volksentscheid beteiligen würden, und weitere 18% wussten es nicht oder wollten nicht auf die Frage antworten.

2015, sechs Jahre später, zeigte das Ergebnis der wiederholten Umfrage, dass im vergangenen Zeitraum der Anteil sowohl der Befürworter der EU-Mitgliedschaft als auch der ihrer Gegner in gleichem Maße um jeweils 10 Prozentpunkte gestiegen war, d. h. die Meinungen der Ungarn zum Verbleib in der EU polarisierten sich, wobei die Befürworter des EU-Beitritts trotz Kritik, EU-Krise und immer stärkerer Euroskeptik der ungarischen Regierung die absolute Mehrheit erlangten. **2015 wären also 57% der Befragten erneut der EU beigetreten, und ein Viertel (27%) der Ungarn hätte bei einem Volksentscheid über den Beitritt mit Nein gestimmt,** während der Anteil der unsicheren Wähler im Vergleich zu 2009 auf die Hälfte (17%) zurückging.

Angesichts obiger Untersuchungen kann festgestellt werden, dass in den letzten fünf bis sechs Jahren im Rahmen mehrerer unterschiedlicher Studien der Standpunkt der Ungarn zur EU-Mitgliedschaft auf verschiedene Weise analysiert wurde, wobei ihnen allen das Ergebnis gemein ist, dass diejenigen, die auch weiterhin in der EU bleiben würden, d. h. sich die Zukunft Ungarns als Mitglied der Europäischen Union vorstellen, in der Mehrheit sind.

2

Die allgemeine Beurteilung der EU

Insgesamt fällt die allgemeine Beurteilung der EU in Ungarn auch weiterhin eher positiv aus. **Nach Eurobarometer-Daten vom Herbst 2015 hat die überwiegende Mehrheit der Ungarn ein positives oder neutrales Bild von der Europäischen Union. Einen positiven oder neutralen Standpunkt vertreten auch jeweils vier Zehntel der Befragten** und nur jeder fünfte Beantworter ist zur EU negativ eingestellt. Sowohl stark positive als auch sehr negative Haltungen sind unter den Ungarn äußerst selten: Diese beiden extremen Meinungen vertreten nur jeweils 5% der Beantworter. Damit entspricht der grundsätzliche Standpunkt der Ungarn zur Europäischen Union dem EU-Durchschnitt, wobei die Beurteilung der europäischen Integrationsinstitutionen bei uns sogar noch um einige Prozente positiver ist als in den 28 Ländern der EU insgesamt. In letzterem Fall beträgt nämlich der Anteil negativer Haltungen 23%, während positive bzw. neutrale Meinungen mit jeweils um 2 Prozent geringeren Werten für die gesamte EU charakteristisch sind.

Auch im regionalen Vergleich fallen die ungarischen Werte günstig aus, denn unter den V4-Ländern ist die allgemeine Beurteilung nur in Polen besser. Dort halten die institutionalisierte europäische Integration mehr als die Hälfte (55%) der Befragten für positiv und insgesamt 7% für negativ. In der Slowakei sind die Betrachtungsweisen bezüglich der EU denen in Ungarn sehr ähnlich, wobei der Anteil positiver Meinungen etwas kleiner und der der Pessimisten geringfügig größer ist. Die Tschechen beurteilen die Europäische Union am strengsten: Kaum mehr als ein Viertel der Befragten sieht die EU positiv, und fast jeder Dritte zeichnet ein negatives Bild von ihr. Interessanterweise sind einerseits die positiven und negativen Einstellungen in den vier mittelosteuropäischen Mitgliedstaaten unterschiedlich stark ausgeprägt und andererseits ist der Anteil derjenigen mit einem neutralen Standpunkt in jedem dieser Länder sehr ähnlich: Er bewegt sich in einem sehr schmalen Bereich zwischen 35 und 42%. Damit ist dies mit Ausnahme Polens, wo die eher positive Einstellung die häufigste ist, unter den Mitgliedstaaten die positivste Haltung zur EU.

Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

	Ungarn 2010	EU-27 2010	Ungarn 2015	EU-28 2015
Sehr positiv	3%	6%	5%	4%
Ziemlich positiv	39%	36%	34%	33%
Weder positiv noch negativ	43%	37%	40%	38%
Ziemlich negativ	13%	15%	15%	18%
Sehr negativ	2%	4%	5%	5%
Weiß nicht	0%	2%	1%	2%

Quelle: Eurobarometer 73 und 84.

In den vergangenen fünf Jahren hat sich die allgemeine Beurteilung der EU in Ungarn und auch EU-weit nicht wesentlich verändert. In dieser Hinsicht lassen sich die Gefühle gegenüber der EU grundsätzlich als stabil bezeichnen, wenngleich in beiden Fällen von 2010 bis 2015 eine gewisse Image-Erosion zu beobachten ist. In Ungarn sind die Anteile derjenigen mit einem positiven und derjenigen mit einem weder positiven noch negativen Standpunkt um jeweils 3% gesunken – ersterer von 42 auf 39% und letzterer von 43 auf 40%. Parallel dazu wuchs die Gruppe mit einer negativen Meinung von der EU von 15 auf 20% an. Der gesunkene Prozentsatz derjenigen, die sich positiv zur EU äußern, ist auf den geringeren Anteil der gemäßigten Optimisten zurückzuführen, da sich in den vergangenen fünf Jahren auch der prozentuale Anteil derjenigen mit einem sehr positiven Bild von 3 auf 5% erhöht hat. Auch unter den Pessimisten stieg in der Zeit von 2010 bis 2015 der Anteil derjenigen mit einem stärker negativ ausgeprägten Standpunkt von 2 auf 5%, was bedeutet, dass er sich mehr als verdoppelt hat. **Somit hat sich die allgemeine Beurteilung der EU in Ungarn in der letzten Zeit, wenn auch nur geringfügig, so doch verschlechtert, was auch aus gesamteuropäischem Blickwinkel festgestellt werden kann.**

Im Durchschnitt der 28 EU-Mitgliedstaaten verringerte sich der Anteil derjenigen mit einem positiven Standpunkt um 5 Punkte von 42 auf 37%, und um den fast gleichen Wert stieg der Anteil derjenigen mit einer negativen Haltung von 19 auf 23%. Die Höhe der Veränderung ist jedoch ausgeglichener als im Falle Ungarns, wo auch die Anteile derjenigen mit einer sehr positiven und mit einer ziemlich positiven Einstellung in beinahe gleichem Maße zurückgingen, während unter denjenigen mit einem negativen EU-Bild das Lager der gemäßigten Pessimisten eher anwuchs und sich das derjenigen mit einem stark negativen Bild kaum veränderte.

Obwohl die Ungarn grundsätzlich ein eher positives Bild von der EU haben, was auch allgemein auf die EU28 zutrifft, bewerten die europäischen Bürger den derzeitigen Kurs der EU ganz anders. **Den Werten von 2015 zufolge befinden sich auf gesamteuropäischer Ebene diejenigen**

in einer relativen Mehrheit, die meinen, dass die Dinge in der EU in die falsche Richtung gehen: Mehr als vier Zehntel (43%) der Beantworter denken, dass sich die europäischen Prozesse ungünstig entwickeln. Demgegenüber beurteilen halb so viele die gegenwärtigen Entwicklungen in der EU positiv. Damit machen sie kaum ein Viertel (23%) aller EU-Bürger aus. Den gleichen Anteil haben in Europa diejenigen mit einem weder positiven noch negativen Standpunkt, während der der Unsicheren in dieser Frage relativ hoch ist, zu dieser Gruppe zählt jeder zehnte Europäer (11%).

Auch in Ungarn zeigt sich aktuell ein ähnliches allgemeines Gesamtbild in der Hinsicht, wie die Bürger die derzeitigen Prozesse in der EU bewerten. **Bei uns sind die Unzufriedenen ebenfalls in der Mehrheit, wobei hier jedoch die Gruppe derjenigen, die meinen, dass die Dinge in die falsche Richtung gehen, mit 38% um fünf Punkte kleiner ist als im EU-Durchschnitt.** Der Anteil derjenigen mit einer positiven Bewertung, der gerade einmal ein Viertel der Befragten ausmacht, liegt nur minimal über dem EU-Durchschnitt. Am auffälligsten ist der Unterschied bei denjenigen mit einem weder positiven noch negativen Standpunkt, deren Anteil in Ungarn um nahezu 10% über dem EU-Durchschnitt liegt. Auf ein Drittel der Ungarn trifft diese Haltung zu. Gemessen an den europäischen Werten sind halb so viele Ungarn in dieser Frage unsicher, denn insgesamt 5% konnten sich in dieser Frage nicht entscheiden.

Unter den V4-Ländern ist die Bewertung dieser Frage in Ungarn nach Polen die zweitpositivste. Im Gegensatz zum EU-Durchschnitt sind bei den Polen die Optimisten in der Mehrheit. Laut einem Drittel der Befragten entwickeln sich die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung, und nur weniger als ein Viertel ist der Meinung, dass der gegenwärtige Kurs falsch ist. Hoch ist auch der Anteil der Befragten mit weder positivem noch negativem Standpunkt (33%) und der der Unsicheren (13%). In der Slowakei hat man im Vergleich zu den Ungarn eine etwas negativere Meinung dazu, in welche Richtung sich die Dinge in der Europäischen Union entwickeln: Der Anteil der Pessimisten (45%) ist doppelt so hoch wie der der Optimisten (22%), und ein Viertel der Befragten sind weder positiver noch negativer Meinung. In Tschechien sehen die Bürger die Entwicklung der Dinge sogar noch finsterner als der EU-Durchschnitt: Dort sind diejenigen, die die Entwicklungen für negativ halten, in der absoluten Mehrheit (52%), obwohl auch diejenigen mit einem positiven Bild auf 20% kommen und der Anteil der Befragten mit einem weder positiven noch negativen Standpunkt dem europäischen Durchschnitt entspricht. Mit anderen Worten weichen sie in erster Linie hinsichtlich der negativen Gefühle von der gesamteuropäischen Meinung ab.

Anhand obiger Ausführungen kann demnach festgehalten werden, dass **Ungarn auch in der Frage, die die Richtung der EU-Prozesse bewertet, größtenteils dem EU-Durchschnitt entspricht. Etwas weniger negativ fällt laut der Umfrage von Herbst 2015 die Beurteilung der aktuellen europäischen Prozesse aus, und unter den V4-Ländern wird die jetzige europäische Lage nur in Polen positiver als in Ungarn eingeschätzt.**⁶

⁶ Einen zeitlichen Vergleich in dieser Frage ermöglichen die Eurobarometer-Daten nicht, da in der Erhebung von 2010 keine diesbezügliche Frage enthalten war. Somit erlauben die Daten nur einen Einblick in die aktuelle Situation.

3

Erwartungen an die Zukunft der EU

In Bezug auf die Zukunft der Europäischen Union sind die Ungarn, und im Allgemeinen auch die europäischen Bürger, geteilter Meinung. In Ungarn ist das Verhältnis zwischen Optimisten und Pessimisten sehr ausgeglichen: Was das weitere Schicksal der EU anbelangt, war Ende 2015 genau die Hälfte der Befragten zuversichtlich, und fast genauso viele (47%) waren pessimistisch. Bei im Wesentlichen zwei gleich großen Gruppen soll dennoch hervorgehoben werden, dass auf der negativen Seite der Anteil der sehr ausgeprägten Pessimisten akzentuierter ist als der der sehr ausgeprägten Optimisten auf der positiven Seite. Letztere machen insgesamt nur 5% der Bevölkerung aus, während die sehr ausgeprägten Pessimisten mit 11% doppelt so viele sind.

Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der Europäischen Union sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?

	Ungarn 2010	EU-27 2010	Ungarn 2015	EU-28 2015
Sehr optimistisch	4%	6%	5%	6%
Ziemlich optimistisch	48%	51%	45%	47%
Ziemlich pessimistisch	35%	29%	36%	33%
Sehr pessimistisch	6%	8%	11%	8%
Weiß nicht	7%	6%	3%	6%

Quelle: Eurobarometer 73 und 84.

In den 28 Mitgliedstaaten der EU ist die allgemeine Beurteilung der künftigen EU-Aussichten ähnlich bzw. etwas positiver als in Ungarn. 53% der EU-Bevölkerung sehen

die Zukunft der EU positiv und 41% negativ. Auch die gemäßigten und die stark ausgeprägten Pessimisten sind 3% weniger als in Ungarn. Der Anteil der Unsicheren ist mit 6% allerdings doppelt so hoch als hierzulande.

Innerhalb der Visegrád-Gruppe weicht Polen beträchtlich vom EU-Durchschnitt und den anderen drei V4-Ländern ab, denn dort sind auch in dieser Frage die positiven Meinungen vorherrschend. Während in Ungarn, der Slowakei und in Tschechien – sowie im Durchschnitt der EU28 – etwa die Hälfte der Befragten die Zukunft der EU optimistisch sieht, sind es in Polen mit sieben von Zehn weitaus mehr, und parallel dazu ist die Gruppe der Pessimisten mit insgesamt 21% viel kleiner. Daneben sind, betrachtet man ganz Europa, unter den Polen die meisten zu finden, die sich in dieser Frage nicht entscheiden können – nahezu jeder zehnte Befragte gehört zu dieser Gruppe.

Anhand der zeitlichen Veränderungen lässt sich feststellen, dass **von 2010 bis 2015 eine leichte Enttäuschung in Ungarn und auch in der gesamten EU zu spüren ist. In den 28 Mitgliedstaaten der EU ging innerhalb von fünf Jahren der Anteil der Optimisten um durchschnittlich 4% zurück – und um genau den gleichen Prozentsatz wuchs die Gruppe der Pessimisten an.** Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Bewegungen zwischen den gemäßigt Zuversichtlichen und den Enttäuschten, denn die prozentualen Anteile derjenigen mit einer stark positiven bzw. einer stark negativen Meinung haben sich zwischen den beiden untersuchten Zeitpunkten nicht verändert, ebenso wenig wie die Zahl der Unentschiedenen.

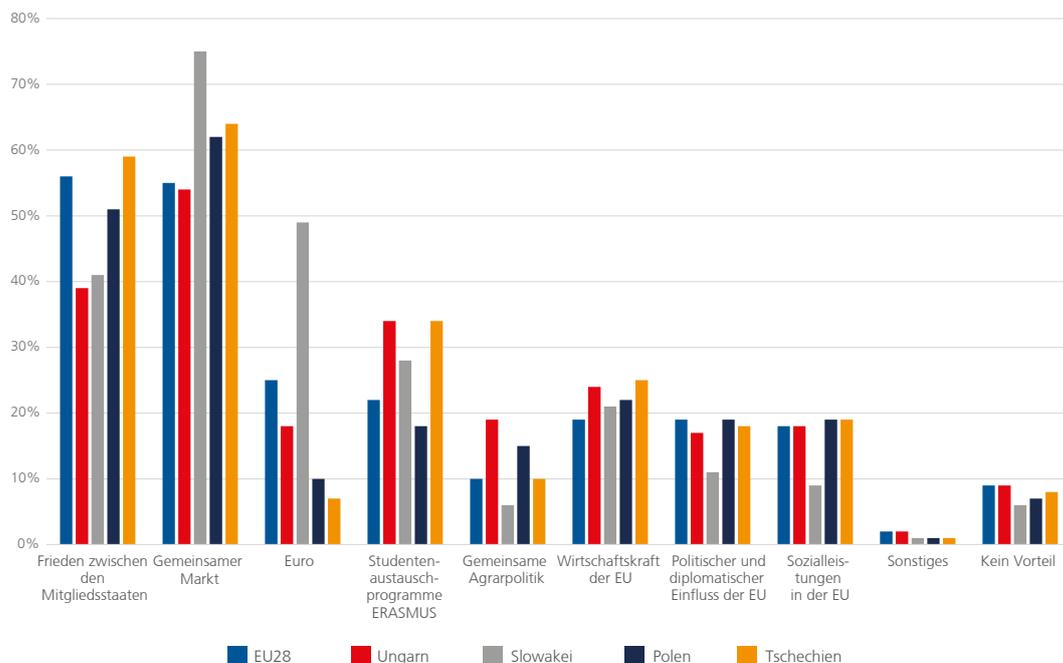
Im Falle Ungarns kann man von einer insgesamt 8-prozentigen Veränderung zwischen Optimisten und Pessimisten sprechen, was mit dem EU-Niveau übereinstimmt, wobei die Zuwachsrate bei der letzteren Gruppe akzentuierter ausfällt. **Während der Anteil der Optimisten um 2% sank, stieg der Anteil derjenigen, die die Zukunft der EU negativ sehen, von 41 auf 47%, d. h. um 6 Prozentpunkte.** Neben den geringfügigen Verschiebungen, die im Einklang mit dem europäischen Trend stehen, muss als Warnsignal gesehen werden, dass in Ungarn die starke Zunahme bei den sehr pessimistischen Standpunkten die größte Veränderung bedeutet: In fünf Jahren wuchs ihr Anteil von 6 auf 11%, womit sich im Wesentlichen der Anteil der Befragten, die die Zukunft der EU sehr negativ sehen, verdoppelt hat.

4

Die größten Vorteile der EU

Bei der Eurobarometer-Meinungsumfrage 2015 konnten die Befragten drei Antworten als wichtigste Vorteile der Europäischen Union geben. Aus den Ergebnissen geht eindeutig hervor, dass **für die Ungarn der wichtigste Vorteil der EU der gemeinsame Markt ist, unter dem wir den freien Verkehr von Kapital, Waren, Personen und Dienstleistungen verstehen. An zweiter Stelle stehen die Erhaltung des Friedens zwischen den Mitgliedstaaten und an dritter Stelle die Studentenaustauschprogramme. Eine ähnliche Präferenz kann auch in der gesamten Europäischen Union beobachtet werden, allerdings mit dem großen Unterschied, dass hier auch die gemeinsame Währung eine wichtige Rolle spielt.**

Die größten Vorteile der EU



Quelle: Eurobarometer 84.

Bei Betrachtung der gesamten EU gaben die meisten (56%) den Frieden zwischen den Mitgliedstaaten als größten Vorteil der EU an. Die Tatsache, dass die EU 2012 den Friedensnobelpreis erhielt, war zugleich eine Bestätigung dieser weitverbreiteten Ansicht. **In Ungarn ordnen viel weniger (39%) die Schaffung und Erhaltung des Friedens in Europa den wichtigsten Errungenschaften der EU zu – was zugleich der niedrigste Wert unter den V4-Ländern ist.** Nur in der Slowakei ist der Anteil mit 41% dem ungarischen in der Größenordnung ähnlich, während Polen (51%) und Tschechien (59%) dem EU-Durchschnitt näher stehen.

Die zweitpopulärste Errungenschaft – fast gleichauf mit dem Frieden – ist den EU-Bürgern zufolge der gemeinsame Markt (55%), der in Ungarn ähnliche Anerkennung findet (54%) und in den anderen Ländern der Region noch höher geschätzt wird. Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die komplexe Konstruktion des gemeinsamen Marktes mehrere Aspekte zugleich beinhaltet, weshalb auch vorstellbar ist, dass in den westeuropäischen Ländern hauptsächlich der freie Verkehr von Dienstleistungen und Waren und in Mitteleuropa die freie Arbeitsaufnahme als Vorteil der EU gesehen wird.

Allgemein kann festgestellt werden, dass sich nach den beiden populärsten Faktoren eine breite Lücke auftut und der Euro von wesentlich weniger Befragten als ein Vorteil der Europäischen Union betrachtet wird (25%), obwohl er auch so noch Platz 3 einnimmt. Verglichen damit ist der ungarische Prozentsatz mit 18% weitaus geringer. Noch weniger Befragte sehen die gemeinsame Währung in Polen mit 10% und in Tschechien mit 7% als Vorteil. Rekordhalter in der Region ist die Slowakei mit 49%, was kein Zufall ist, da es sich um das einzige Land in der Visegrád-Gruppe handelt, das Mitglied der Eurozone ist.

In Bezug auf die gesamte EU ordnen 22% der Befragten die verschiedenen Austauschprogramme, wie Erasmus den größten Vorteilen der EU zu. Interessanterweise ist ihr Anteil in Ungarn noch höher: **34% der Ungarn halten diese von der EU geförderten Bildungsprogramme für potenzielle Erfolgsquellen, und damit stehen sie gemeinsam mit Tschechien (34%) in der Region an der Spitze.** In der Slowakei ist dieser Prozentsatz etwas niedriger (28%), aber auch so noch über dem EU-Durchschnitt oder den polnischen Werten (dort sehen insgesamt 18% der Befragten die Studentenaustauschprogramme als Vorteil).

Die gemeinsame Agrarpolitik ist in den Mitgliedstaaten weniger populär (10%). In Ungarn hingegen liegt dieser Wert mit 19% über dem Durchschnitt, was zugleich die Spitzenposition in der Region bedeutet. Nur Polen (15%) kommt dem ungarischen Prozentsatz nahe, und während der Anteil in Tschechien (10%) mit dem EU-Durchschnitt übereinstimmt, liegt er in der Slowakei mit 6% unter ihm.

Viele stufen auch die gemeinsame Wirtschaftskraft der Europäischen Union als wichtige Errungenschaft ein. In der Region gibt es keine größeren Unterschiede zwischen den Ergebnissen. Nicht viel über dem Durchschnitt der Mitgliedstaaten (19%) liegt der ungarische Prozentsatz (24%), und auch in der Slowakei mit 21%, in Polen mit 22% und in Tschechien mit 25% wurden höhere

Werte ermittelt. Mit dem gleichen Prozentsatz wie im Falle der Wirtschaftskraft bewerten 19% der Befragten den politischen und diplomatischen Einfluss der EU als eine der größten Errungenschaften. Ähnlich fällt dieser Prozentsatz in Ungarn mit 17%, in Polen mit 18% und in Tschechien mit 19% aus. Nur in der Slowakei ist er mit 9% niedriger.

Das Niveau der Sozialleistungen halten in der EU insgesamt 19% der Befragten für eines der größten Vorteile der EU, was dem Wert in Ungarn (18%) und im Wesentlichen auch denen in Polen (19%) und in Tschechien (19%) entspricht. Eine größere Abweichung zeigt sich wiederum in der Slowakei, wo nur 9% der Befragten das Wohlstandsniveau als Vorteil der Union einschätzen. Es sei angemerkt, dass es den Eurobarometer-Erhebungen zufolge auch Befragte gab, die nichts Positives mit der Europäischen Union verbinden konnten. Dies waren, bezogen auf die gesamte EU, nicht ganz 9% und genauso viele in Ungarn bzw. mehr oder weniger auch in den anderen Ländern der Region.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Ungarn die mit dem gemeinsamen Markt einhergehenden Möglichkeiten, den Frieden zwischen den Mitgliedstaaten und die Studentenaustauschprogramme für die drei wichtigsten Errungenschaften der EU halten. Abgesehen von der Slowakei kann dieser Trend auch in den anderen Visegrád-Ländern beobachtet werden. Innerhalb der gesamten Europäischen Union zählen ebenfalls der Frieden und der gemeinsame Markt als bedeutendste Errungenschaften, wobei in diesem Fall im Gegensatz zu Ungarn und den meisten V4-Ländern auch der Euro als besondere Errungenschaft genannt wird.

5

Assoziationen mit der EU

Im Hinblick auf Assoziationen mit der Europäischen Union **kann allgemein gesagt werden, dass die Ungarn etwas unterdurchschnittlich zu Assoziationen mit der EU neigen. Ein jedes Element, das im Rahmen der Eurobarometer-Erhebung untersucht wurde, wird von weniger Befragten als im Durchschnitt der 28 EU-Mitgliedstaaten mit der EU in Verbindung gebracht.**

Aus Sicht der europäischen Bürger lässt sich die EU am ehesten mit der Freizügigkeit von Personen und dem Euro identifizieren. Mit der Europäischen Union assoziieren in den 28 EU-Mitgliedstaaten die Hälfte der Befragten (49%) die Freiheit, in jedem Mitgliedsland zu arbeiten, zu lernen und dorthin zu reisen, und vier von Zehn (37%) auch die gemeinsame europäische Währung. Häufig wird europaweit die europäische Integration auch mit Frieden und kultureller Vielfalt in Verbindung gesetzt, denn beide Begriffe nannte etwas mehr als ein Viertel der Europäer. Daran ist zu erkennen, dass **die populärsten Assoziationen positiven Inhalts sind, wobei gleich darauf mehrere negative bzw. nicht eindeutig positive Gedankenverknüpfungen folgen. Ende 2015 war für jeden vierten Europäer die EU gleichbedeutend mit Geldverschwendung (25%), Bürokratie oder dem unzureichenden Schutz der Außengrenzen (je 24%).**

Auch für die Ungarn ist die Freiheit der EU-Bürger, in andere Mitgliedsländer zu reisen, dort lernen und arbeiten zu können, die großartigste EU-Errungenschaft, denn vier von zehn Befragten (41%) vertreten diese Meinung, d. h. hiermit verbinden prozentual gesehen bei weitem die meisten Ungarn die Europäische Union. Ungarn liegt in dieser Hinsicht aber dennoch unter dem EU-Durchschnitt. Ähnlich dem EU-Niveau **sind unter den häufigsten Assoziationen auch die unzureichende Kontrolle der Außengrenzen und die kulturelle Vielfalt zu finden,** die jedem fünften Ungarn zur Europäischen Union einfallen und damit die zweit- und die dritthäufigste Assoziation darstellen. **Etwas über dem Durchschnitt der genannten Assoziationen in Ungarn liegt der Prozentsatz derjenigen, die Europa mit Frieden und Demokratie verbinden (je 18%).** Allerdings liegen diese Werte ebenfalls unter dem Durchschnitt der 28 EU-Mitgliedsländer.

Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?

	Ungarn 2010	EU-27 2010	Ungarn 2015	EU-28 2015
Frieden	20%	24%	18%	27%
Wirtschaftlicher Aufschwung	14%	14%	14%	14%
Demokratie	25%	19%	18%	22%
Soziale Absicherung	8%	9%	8%	9%
Die Freiheit, überall in der EU arbeiten, lernen und reisen zu können	48%	45%	41%	49%
Kulturelle Vielfalt	20%	21%	20%	28%
Mehr Mitsprache in der Welt	19%	22%	13%	22%
Euro	25%	40%	14%	37%
Arbeitslosigkeit	25%	15%	11%	14%
Bürokratie	14%	21%	15%	24%
Geldverschwendung	11%	23%	12%	25%
Verlust unserer kulturellen Identität	4%	12%	10%	14%
Mehr Kriminalität	16%	14%	12%	16%
Nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen	12%	15%	21%	24%
Sonstiges	2%	1%	4%	3%
Weiß nicht	3%	3%	3%	3%

Quelle: Eurobarometer 73 und 84.

Ein wesentlicher Unterschied zeigt sich bei der Gedankenverknüpfung der gemeinsamen europäischen Währung mit der EU. Während in der Europäischen Union durchschnittlich für reichlich mehr als ein Drittel der Befragten der Euro gleichbedeutend mit der institutionalisierten europäischen Integration ist, **meint dies in Ungarn nur 14% der Bevölkerung, was nicht überrascht**, da die Verwendung des Euro in zahlreichen EU-Ländern eine alltägliche Erfahrung ist und man hierzulande noch nicht einmal das Datum kennt, zu dem die gemeinsame Währung eingeführt werden soll. **Gleichzeitig sind sehr viel weniger Ungarn der Meinung, dass ihre Mitsprache in der Welt durch die EU größer wäre.** Während europaweit mehr als ein Fünftel

der Bürger so denkt, sind es in Ungarn nur 13%. Ein prozentualer Assoziationswert, der unter dem europäischen Durchschnitt liegt, ist nicht unbedingt ein Zeichen dafür, dass man von der Europäischen Union enttäuscht ist. Verglichen mit dem EU28-Durchschnitt **verbindet ein erheblich geringerer Teil der Ungarn die EU mit Bürokratie** (15% gegenüber 24% EU-weit), und nur **halb so viele meinen, dass die EU Geldverschwendung wäre**: Während diese Assoziation europaweit auf jeden vierten Befragten zutrifft, ist es in Ungarn nur jeder achte.

Trotz der Unterschiede gleicht die ungarische Haltung im Falle mehrerer, zumeist wirtschaftlich-sozialer Assoziationen, die übrigens nur sehr wenige in Zusammenhang mit der Europäischen Union erwähnen, im Wesentlichen den gesamteuropäischen Eindrücken. Dazu gehören der wirtschaftliche Aufschwung mit je 14% und auch die soziale Absicherung, die nur von 8 bzw. 9% mit der EU verknüpft wird. Daneben assoziieren sowohl Ungarn als auch die durchschnittlichen Europäer die Arbeitslosigkeit auf ähnliche Weise wie oben mit der EU.

Für einige Länder in unserer Region sind mehrere markante Assoziationen, die vom EU-Durchschnitt abweichen, charakteristisch. In Tschechien verbinden im Vergleich zum Durchschnitt der 28 Mitgliedstaaten prozentual viel weniger Befragte die kulturelle Vielfalt und den Euro mit der Europäischen Union. Andererseits sind in diesem mitteleuropäischen Land auch mehrere negative Assoziationen stark überrepräsentiert. Während in den 28 Mitgliedstaaten durchschnittlich für jeden Vierten die EU gleichbedeutend mit Bürokratie, Geldverschwendung oder unzureichende Kontrollen an den Außengrenzen ist, glauben dies mehr als ein Drittel, ja nahezu vier Zehntel (36-38%) der Tschechen. Ein doppelt so hoher Prozentsatz verbindet die EU mit wachsender Kriminalität: Gegenüber 16% verbindet dies jeder dritte Einwohner Tschechiens ebenfalls mit der Europäischen Union.

In der Slowakei sind zwar keine solchen extremen Abweichungen zu beobachten, doch werden Frieden (20%) und kulturelle Vielfalt (21%) in erheblich geringerem Maße mit der EU assoziiert, während den Euro jeder zweite Slowake – als Mitglied der Eurozone – mit der EU verknüpft. Noch höher liegt der prozentuale Anteil derjenigen, die die Freizügigkeit von Personen mit der EU verbinden (55%).

Wenn im Falle Tschechiens das Übergewicht negativer Assoziationen hervorgehoben wurde, müssen in Bezug auf Polen das Fehlen negativer Assoziationen und ferner die Tatsache betont werden, dass Frieden und kulturelle Vielfalt von den Polen, wie in den anderen V4-Ländern auch, weniger als im Durchschnitt mit der EU in Verbindung gebracht werden. Darüber hinaus weist hier die Assoziierung des Euro mit der EU einen der geringsten Werte auf (21%). Auf der anderen Seite empfinden die Polen Arbeitslosigkeit (5%) und größere Kriminalität (6%) als Erscheinungen, die der EU am ehesten fremd sind; und auch Geldverschwendung (10%) gehört zu den Aspekten, die am wenigsten mit der EU verbunden werden. Weit unter dem Durchschnitt nennen die Polen darüber hinaus Bürokratie und unzureichende Kontrollen an den Außengrenzen als Assoziationen mit der EU.

Bei der Untersuchung der zur EU eingenommenen Haltungen über einen Zeitraum von fünf Jahren hinweg wird ersichtlich, dass sich im Gegensatz zu den 28 EU-Mitgliedstaaten, in denen

im Durchschnitt, abgesehen von wenigen Ausnahmen keine signifikanten Veränderungen zu beobachten sind, **die prozentualen Anteile der Assoziationen mit der Europäischen Union in Ungarn in erheblichem Maße geändert haben – wobei es sich bezeichnenderweise um sinkende Prozentsätze handelt. Im Falle mehrerer Assoziationselemente hat sich der Trend zwischen 2010 und 2015 umgekehrt. Von den untersuchten Elementen assoziierten die Ungarn früher mit höheren Prozentanteilen mehr mit der EU als auf gesamteuropäischer Ebene, und 2015 sanken die Werte, die früher als überdurchschnittlich galten, unter den EU-Durchschnitt.** Solche Elemente sind z. B. Demokratie und die Freiheit, innerhalb der EU reisen, lernen und arbeiten zu können, die die Ungarn 2010 prozentual gesehen noch häufiger mit der EU verknüpften als dies im Durchschnitt in den Mitgliedstaaten der Fall war. 2010 fiel der Frieden in Verbindung mit der EU jedem vierten Ungarn und nur jedem fünften Europäer ein. 2015 allerdings sank der Anteil dieser Assoziation bei uns um beachtliche sieben Prozentpunkte, während europaweit diesbezüglich ein leichter Anstieg zu verzeichnen war, d. h. 2015 kehrte sich dieser Trend um. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei der Gedankenverknüpfung bezüglich der Freizügigkeit von Personen beobachten. In fünf Jahren wurde aus einem ungarischen Mehr von einigen Prozent ein Weniger von zehn Prozentpunkten – hauptsächlich aufgrund der veränderten Meinungen unter den Ungarn. Eine zwar geringfügige Veränderung, aber dennoch Trendumkehr kann unter denjenigen beobachtet werden, die die EU mit einer stärkeren Kriminalität in Verbindung bringen. Ihr Anteil ging in Ungarn von 16 auf 12% zurück, während er sich in der EU von 14 auf 16% erhöhte.

Der größte Rückgang unter den ungarischen Assoziationen ist bei der Verknüpfung der Arbeitslosigkeit mit der EU zu verzeichnen. Gegenüber dem stabilen EU-Durchschnitt fiel Ungarn 2015 in dieser Frage zurück. 2010 nannte noch jeder vierte Ungar (auch) die Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der EU, und 2015 verknüpfte nur noch jeder zehnte die beiden Begriffe miteinander. Diese Assoziationshäufigkeit fiel also auf weniger als die Hälfte zurück, während sich der prozentuale Anteil von 15% in der gesamten EU im Wesentlichen nicht veränderte.

Bei einigen Begriffsverknüpfungen hat sich Ungarn vom europäischen Durchschnitt weiter entfernt, so bei der Verbindung der Europäischen Union mit dem Euro oder der größeren Mitsprache in der Welt. Der Prozentanteil der Assoziation mit kultureller Vielfalt hat sich in Ungarn zwar nicht verändert, doch aufgrund des gestiegenen gesamteuropäischen Anteils fiel die Meinung der Ungarn unter den Durchschnitt zurück. Hinsichtlich der entgegengesetzten Gedankenverknüpfung, **dem Verlust der kulturellen Identität, lässt sich eine Veränderung in genau die andere Richtung beobachten. 2010 war diese Assoziation unter den Ungarn noch überhaupt nicht charakteristisch.** Europaweit sahen die EU dreimal so viele (12%) in diesem Zusammenhang. 2015 jedoch erhöhte sich in Ungarn diese Begriffsverknüpfung beträchtlich von 4 auf 10%, während sie in den 28 EU-Mitgliedsländern nur mäßig um zwei Prozentpunkte stieg. Infolge dessen verringerte sich die anfängliche Distanz um die Hälfte, d. h. die Meinung zu dieser Frage in Ungarn näherte sich dem europäischen Durchschnitt.

Die Frage unzureichender Kontrollen an den Außengrenzen ist die einzige, die heute sowohl in Ungarn als auch in Europa insgesamt in viel größerem Maße als vor fünf Jahren

mit der EU in Verbindung gebracht wird. In beiden Fällen stieg der prozentuale Anteil dieser Assoziation um 9%, was angesichts der 2015 eskalierten Flüchtlingskrise in Europa und der Tatsache, dass dieses Thema an vorderster Stelle auf der europäischen Tagesordnung steht, keine besondere Überraschung ist.

Im Rahmen der Eurobarometer-Erhebung 2015 wurde des Weiteren untersucht, welche Werte die EU am ehesten charakterisieren. **Die drei am häufigsten mit der Europäischen Union assoziierten Werte, die sowohl in Ungarn als auch europaweit genannt wurden, sind Frieden, Menschenrechte und Demokratie.** Durchschnittlich jeweils 37% der Europäer halten Frieden und Menschenrechte für Grundwerte der Europäischen Union. Mit durchschnittlich 31% gilt die Demokratie als dritthäufigster Wert. Auch die Ungarn verbinden am ehesten diese drei Werte mit der EU, jedoch in signifikant geringerem Maße als im Durchschnitt der 28 Länder. Menschenrechte und Frieden halten 30 bzw. 29% und die Demokratie etwas mehr als jeder Vierte für Grundwerte der Europäischen Union.

Selbst innerhalb der Region sind die Ungarn diejenigen, die Frieden und Demokratie als Werte betrachten, die die Europäische Union am geringsten kennzeichnen. In den anderen V4-Ländern wird Demokratie jeweils dem EU-Durchschnitt entsprechend mit der EU assoziiert. Was den Frieden betrifft, ist der Unterschied, von Polen einmal abgesehen, gemessen an der Slowakei und an Tschechien gar noch größer, denn dort liegt der diesbezügliche Wert leicht über dem EU-Durchschnitt – um mehr als zehn Prozentpunkte weniger Bürger empfinden in als europäischen Wert.

Es gibt allerdings einige Werte, die in der Region den Ungarn zufolge die Europäische Union am ehesten kennzeichnen und auch im gesamteuropäischen Vergleich überdurchschnittlich als Grundwerte angesehen werden. Hierbei handelt es sich um Werte, die der europäischen Integration zugeordnet werden, die Achtung des menschlichen Lebens und die persönliche Freiheit. Mit jeweils 22% ordnen sie die Ungarn den drei wichtigsten EU-Werten zu. Der EU-Durchschnitt beträgt 18%. **Noch auffälliger ist die Differenz im Falle der Selbstverwirklichung und der Religion, denn in Ungarn werden sie um ein Vielfaches mehr als im EU28-Durchschnitt genannt.** Europaweit betrachtet man diese zwei letzteren Werte als die, die am geringsten kennzeichnend sind und mit einem Anteil von jeweils 3% fast schon vernachlässigt werden können. Dagegen ordnen die Ungarn die Religion mit 6% und die Selbstverwirklichung mit 11% den drei EU-Spitzenwerten zu, d. h. bei uns werden diese Faktoren in Bezug auf die EU für doppelt bzw. viermal wichtiger gehalten als im Durchschnitt der Europäischen Union.

6

Die Beurteilung der Demokratiequalität in der EU

Jeder zweite Befragte vertritt die Meinung, dass die Interessen seines Landes in der EU nicht angemessen berücksichtigt werden. Damit empfinden die Bürger in der Europäischen Union insgesamt und auch in Ungarn in dieser Hinsicht ein Demokratiedefizit, wobei dieses Gefühl in Ungarn noch etwas stärker ausgeprägt ist. Das aktuelle Bild zeigt, dass in Ungarn nur vier von zehn Befragten der Meinung sind, die Interessen des Landes kommen im Rahmen der europäischen Institutionen zum Tragen – was übrigens ganz genau mit dem EU-Durchschnitt übereinstimmt. Europaweit und in Ungarn ist der Anteil derjenigen, die gegenteiliger Meinung und in der Mehrheit sind, dem EU-Durchschnitt ähnlich. Bei uns ist er allerdings etwas höher als in der EU insgesamt: In Ungarn sind 55% und in den 28 EU-Ländern durchschnittlich 50% dieser Ansicht.

Im regionalen Vergleich kann der ungarische Standpunkt als eher optimistisch betrachtet werden. Im Gegensatz zu den 55% in Ungarn gaben in Tschechien zwei Drittel und in der Slowakei mehr als sechs Zehntel der Befragten an, dass die einzelstaatlichen Interessen in der Europäischen Union nicht berücksichtigt werden. In Polen wird auch diese Frage weitaus positiver als in den anderen V4-Ländern beurteilt. Im Gegensatz zu den anderen drei Mitgliedsländern und dem EU-Durchschnitt bilden hier diejenigen die absolute Mehrheit, die der Auffassung sind, dass die Interessen ihres Landes in der Europäischen Union Berücksichtigung finden, und nur ein Drittel stimmt dem nicht zu. Auf der anderen Seite ist der Anteil der Unentschiedenen bei den Polen viel höher als in den anderen Ländern, denn nahezu 15% können in dieser Frage keine Stellung beziehen.

Sagen Sie mir bitte zu der Aussage, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen: Die Interessen unseres Landes werden von der EU berücksichtigt.

	Ungarn 2010	EU-27 2010	Ungarn 2015	EU-28 2015
Stimme eher zu	37%	40%	41%	41%
Lehne eher ab	54%	46%	55%	50%
Weiß nicht	9%	14%	4%	9%

Quelle: Eurobarometer 73 und 84.

Obwohl man anhand des zeitlichen Vergleichs auch in diesem Fall nicht von signifikanten Veränderungen in den letzten fünf Jahren sprechen kann, lassen sich doch kleinere Verschiebungen bei der Beurteilung dessen, wie die Interessen der Mitgliedstaaten durch die Europäische Union berücksichtigt werden, beobachten. **Die öffentliche Meinung hat sich zwischen 2010 und 2015 zwar in gleichem Maße, doch in umgekehrter Richtung in Ungarn und in der EU insgesamt verändert. Während bei uns die Beurteilung der Fähigkeit des Landes, seine Interessen durchzusetzen, in eine leicht positivere Richtung ging, hat sich die Bewertung dieser Frage im Durchschnitt der 28 Mitgliedstaaten etwas verschlechtert.** Bei uns stieg der Anteil derjenigen mit der Meinung, die ungarischen Interessen werden von der EU berücksichtigt, um vier Prozent von 37 auf 41%, während der Anteil derjenigen mit einer gegenteiligen Meinung innerhalb der Fehlergrenze um insgesamt ein Prozent anwuchs und der Anteil der Unentschiedenen von 9 auf 4% zurückging. Betrachtet man die gesamte EU, stellt man Veränderungen in genau derselben Höhe fest, nur mit umgekehrtem Vorzeichen: Hier wuchs das Lager der Pessimisten um 4% und das derjenigen mit einer positiven Meinung um nur 1%. **Mit anderen Worten: Während sich bei uns die Differenz zwischen den beiden Standpunkten etwas verringerte, ging in der EU insgesamt die Schere zwischen den entgegengesetzten Meinungen weiter auseinander.**

7

EU- versus nationalstaatliche Kompetenzen

Der größere Teil der Europäer unterstützt eine allgemeine Vertiefung der Integration, wobei auch das Lager der Opponenten recht groß ist. 2015 stimmte europaweit jeder zweite EU-Bürger (52%) der Aussage zu, dass mehr Entscheidungen auf der EU-Ebene getroffen werden müssten, während etwas mehr als ein Drittel von ihnen diesen Gedanken nicht unterstützt und sich einer von zehn EU-Bürgern in dieser Frage nicht entscheiden kann. Die starken Integrationsbefürworter und -opponenten bilden nahezu gleich große Gruppen – zu den ersteren zählen sich 15% und zu den letzteren 13%.

Die Meinung der Ungarn gleicht in dieser Hinsicht sehr dem Durchschnitt der Europäischen Union: 54% unterstützen eine tiefere Integration und 36% sind gegen sie. Gleichzeitig bietet die Verteilung zwischen den beiden Polen ein etwas positiveres Bild. Fast jeder fünfte Ungar (19%) stimmt voll und ganz zu, dass mehr Entscheidungen auf die EU-Ebene delegiert werden müssen, und nur einer von zehn Ungarn (11%) lehnt diesen Gedanken absolut ab.

Unter den Ländern der Visegrád-Gruppe befürwortet Ungarn zusammen mit Polen am ehesten eine Vertiefung der Integration – allerdings ist der Anteil der Unentschiedenen bei den Polen viel höher. In der Slowakei und besonders in Tschechien sind im Gegensatz dazu diejenigen in der Mehrheit, die nicht damit einverstanden sind, dass Entscheidungen auf supranationaler Ebene getroffen werden. Bei unserem Nachbarn im Norden ist die Gesellschaft in dieser Frage sehr geteilt: Jeder zweite Slowake (48%) ist dagegen, dass die EU-Beschlussfassung anstatt der nationalstaatlichen Ebene größeren Einfluss erhält, und 43% unterstützen dies. Mit anderen Worten beträgt die Differenz zwischen den beiden Gruppen mit ihren gegensätzlichen Meinungen nur fünf Punkte. In Tschechien dagegen ist das Übergewicht der Opponenten eindeutig, da über die Hälfte der Befragten (54%) nicht mit einer Ausweitung der Beschlussfassung auf EU-Ebene einverstanden ist, die wiederum nur von reichlich einem Drittel (36%) befürwortet wird – also genau im umgekehrten Verhältnis zu Ungarn und dem Durchschnitt der EU28. Mehr noch: Unter den Tschechen ist der Anteil derjenigen besonders groß, die sich dieser Idee kategorisch verschließen. Jeder vierte Befragte lehnt eine mögliche Ausweitung der Beschlussfassung auf supranationaler Ebene rundweg ab.

Daneben wurde in der Eurobarometer-Erhebung ausführlich untersucht, in welchen Bereichen die Bürger in der Europäischen Union die Integration vertiefen bzw. die nationalstaatliche Kompetenz beibehalten würden. Unter den bereits bestehenden und möglichen künftigen Integrationsmaßnahmen **genießen die Freizügigkeit von Personen, die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die gemeinsame Energiepolitik und eine gemeinsame Einwanderungspolitik die größte Unterstützung seitens den EU-Bürger.** Die meisten Gegner haben **die Erweiterung der EU um neue Mitgliedstaaten, der Euro als gemeinsame Währung und das geplante Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten** erwähnt.

Welche Meinung haben Sie zu folgenden Vorschlägen? Geben Sie bitte zu jedem Vorschlag an, ob Sie dafür oder dagegen sind!

		EU-28	Ungarn	Polen	Slowakei	Tschechien
Eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, dem Euro	dafür	56%	49%	34%	78%	20%
	dagegen	37%	44%	52%	17%	75%
Eine gemeinsame Außenpolitik der 28 EU-Mitgliedstaaten	dafür	63%	62%	67%	70%	50%
	dagegen	26%	31%	21%	22%	43%
Eine EU-Erweiterung um neue Mitglieder in den nächsten Jahren	dafür	38%	50%	56%	47%	31%
	dagegen	51%	41%	26%	43%	58%
Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Mitgliedstaaten	dafür	72%	65%	74%	78%	66%
	dagegen	20%	30%	17%	16%	29%
Ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA	dafür	53%	53%	66%	50%	49%
	dagegen	32%	34%	17%	37%	37%
Eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik	dafür	68%	55%	54%	54%	37%
	dagegen	24%	39%	31%	37%	55%
Eine gemeinsame Energiepolitik der EU-Mitgliedstaaten	dafür	70%	69%	67%	70%	50%
	dagegen	20%	25%	19%	22%	40%
Ein digitaler Binnenmarkt in der EU	dafür	53%	60%	59%	64%	43%
	dagegen	22%	24%	17%	19%	32%
Freizügigkeit für EU-Bürger, die innerhalb der EU überall leben, arbeiten, lernen und sich als Unternehmer niederlassen können	dafür	78%	77%	74%	88%	80%
	dagegen	16%	19%	16%	8%	18%

Quelle: Eurobarometer 84.

Der freie Verkehr von Personen als einer der Grundpfeiler der Europäischen Union findet in Europa die größte Zustimmung. In den 28 Mitgliedstaaten der EU befürworteten durchschnittlich vier von fünf Befragten, dass EU-Bürger ohne Einschränkung innerhalb der EU reisen, lernen oder arbeiten können. In Bezug auf eine stärkere Integration fachpolitischer Bereiche werden **die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Mitgliedstaaten, die gemeinsame Energiepolitik sowie die Ausarbeitung einer gemeinsamen Einwanderungspolitik gleichermaßen für notwendig gehalten.** Eine Koordinierung der Außenpolitik auch auf EU-Ebene befürworten mehr als sechs Zehntel der Befragten.

Eindeutig geringere Unterstützung findet der in 19 Mitgliedstaaten als gemeinsame EU-Währung verwendete Euro, für den sich nur etwas mehr als die Hälfte der EU-Bürger ausspricht, während ihn ein hoher Anteil von 37% ablehnt. Der Schaffung eines digitalen EU-Binnenmarktes und dem geplanten Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen den USA und der Europäischen Union stimmt ebenfalls nur eine knappe Mehrheit zu.

Obwohl eine beträchtliche Mehrheit der Europäer eine Vertiefung der Integration in mehreren Bereichen für wünschenswert hält, stößt die Ausweitung der europäischen Zusammenarbeit, sprich die Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitgliedstaaten, unter den EU-Bürgern mehrheitlich auf Ablehnung. Auf Unionsebene ist mehr als die Hälfte (51%) gegen diesen Schritt, und nur weniger als vier Zehntel (38%) befürworten die Aufnahme neuer Mitgliedsländer. Diese ist zugleich der einzige untersuchte Integrationsbereich, der von einer Mehrheit abgelehnt wird.

Aus obigen Ergebnissen lässt sich der Schluss ziehen, dass gegenwärtig **die Mehrheit der EU-Bürger einer Vertiefung der bestehenden Integration und nicht einer Ausweitung der horizontalen Zusammenarbeit den Vorzug gibt.**

In Ungarn ist grundsätzlich eine den EU-Trends ähnliche Beurteilung der weiteren Integration zu beobachten. Wie im EU-Durchschnitt **findet auch unter den Ungarn die Freizügigkeit der EU-Bürger die größte Unterstützung** – ihr stimmen über drei Viertel von ihnen zu. Dennoch ist dies in unserer Region nicht der höchste Wert. Genau vier Fünftel der Tschechen und nahezu 90% der Slowaken befürworten dieses grundlegende, mit der Integration verbundene Freiheitsrecht.

Der Wunsch nach einer gemeinsamen Energiepolitik wird in Ungarn in gleichem Maße wie im EU-Durchschnitt zum Ausdruck gebracht. Sieben von zehn Bürgern halten eine Koordinierung von Energiebeschlüssen auf supranationaler Ebene für notwendig. Unter den V4-Ländern weicht nur Tschechien vom Durchschnitt ab, denn dort ist diese Form der Integrationsvertiefung weitaus weniger populär, und die Gesellschaft ist in dieser Frage sehr geteilt: Genau die Hälfte der Befragten unterstützt sie und 40% lehnen sie ab.

Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Mitgliedstaaten ist in Ungarn der am drittstärksten unterstützte Integrationsbereich, wobei der Anteil der Befürworter hier bereits spürbar unter dem Durchschnitt der EU28 liegt. Während europaweit 72% dem zustimmen, sind es bei

uns nur knappe zwei Drittel (65%). Im Wesentlichen genauso hoch ist die Akzeptanz dieser Frage unter den Ländern der Visegrád-Gruppe in Tschechien. In Polen und der Slowakei hingegen liegt die Zustimmungsrate bezüglich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sogar über dem Durchschnitt. Wie im europäischen Durchschnitt unterstützen etwas mehr als 60% der Ungarn eine gemeinsame Außenpolitik auf EU-Ebene, womit sie in der mittelosteuropäischen Region im Mittelfeld liegen: Polen und Slowaken (67 bzw. 70%) liegen über und die Tschechen (50%) unter dem Wert Ungarns und auch dem EU-Durchschnitt.

Eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik findet in Ungarn weit weniger Unterstützung als allgemein in der Europäischen Union. Während in den 28 Mitgliedsländern im Durchschnitt um 70% für eine gemeinsame Migrationspolitik sind, unterstützen sie in Ungarn nur etwa 55%, wobei auch der Anteil der Opponenten mit ca. 40% sehr hoch ist. **Mit diesem geringen Wert hebt sich Ungarn aber nicht von den anderen V4-Ländern ab, denn in allen vier Ländern liegt die Zustimmungsrate bezüglich einer gemeinsamen EU-Migrationspolitik stark unter dem Durchschnitt:** In Polen und der Slowakei sind wie in Ungarn 54% dafür, während ihr Anteil in Tschechien weit darunter liegt und die Opponenten mit 55% die absolute Mehrheit bilden. **Da die führenden Politiker dieser vier Länder in der letzten Zeit mit gemeinsamer Kraft gegen die Vorschläge der Europäischen Union zur Bewältigung der Flüchtlingskrise aufgetreten sind.**

Die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes findet in Ungarn größere Unterstützung als in der EU insgesamt. Sechs Zehntel der Ungarn befürworten diese Form der Integration, während es in der EU im Durchschnitt nur knapp über 50% sind. In Polen und Tschechien liegt die Zustimmungsrate bezüglich des digitalen Binnenmarktes mit gleichen Werten wie in Ungarn ebenfalls über dem EU-Durchschnitt, wobei in Tschechien sogar noch 10% weniger Bürger als im europäischen Durchschnitt dafür sind.

In der Frage des Euro als gemeinsamer europäischer Währung sind die Ungarn sehr geteilter Meinung, denn nur für jeden zweiten bedeutet er ein Instrument zur Vertiefung der Integration; und fast genauso viele lehnen ihn ab. Das wiederum bedeutet im Vergleich zum Unionsdurchschnitt einen etwas schwächeren Wert. **Unter den V4-Ländern sind extreme Unterschiede bezüglich der Akzeptanz der gemeinsamen Währung zu beobachten.** In der Slowakei, dem einzigen V4-Land mit dem Euro als offizielle Landeswährung, ist seine Befürwortung selbst im europäischen Maßstab außerordentlich hoch – fast vier Fünftel der Bevölkerung sind für ihn. Das andere Extrem ist Tschechien, wo ein Drittel der Befragten gegen die Einführung der gemeinsamen Währung ist, und auch bei den Polen ist nur jeder Dritte für und die Hälfte gegen die Verwendung des Euro als Zahlungsmittel. **Ungarn liegt innerhalb der Visegrád-Gruppe im Mittelfeld. Anstelle einer extremen Ablehnung oder überwiegenden Befürwortung charakterisiert das Land eine ambivalente Haltung** die der Einstellung zum Euro in der EU nahesteht.

In Bezug auf den auf EU-Ebene am stärksten abgelehnten Vorschlag zur Stärkung der Integration, d. h. **die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU, fällt die Beurteilung in Ungarn positiver als in der EU insgesamt aus.** Während in den 28 Mitgliedsländern zusammengefasst die Hälfte der Bevölkerung dagegen und 40% dafür sind, ist das Verhältnis bei uns genau umgekehrt. **Wie in der gesamten Europäischen Union sind auch die Ungarn in der Frage einer fortgesetzten Erweiterung sehr**

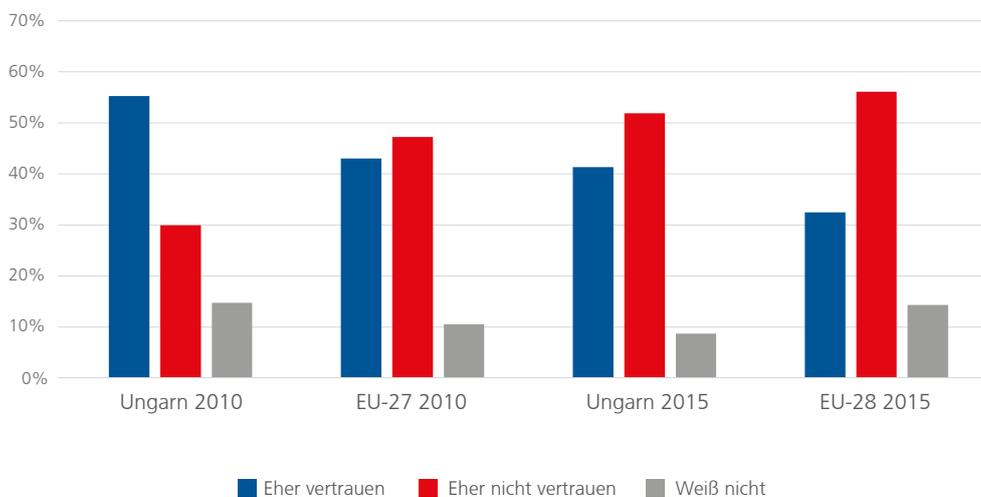
geteilter Meinung, wobei hierzulande Befürworter einer Erweiterung die knappe Mehrheit bilden. Die erst vor relativ kurzer Zeit der EU beigetretenen Länder in Mittelosteuropa zeigen eine über dem Durchschnitt liegende Solidarität mit den Beitrittskandidaten, was aber auch nicht allgemeingültig ist. In der Slowakei ist die Situation ähnlich wie in Ungarn. Allerdings sind die Slowaken in dieser Frage noch etwas stärker geteilt. In Polen liegt die Zustimmungsrate mit 56% sogar noch höher als in den beiden vorherigen Ländern, und nur ein Viertel der Befragten ist dagegen. In Tschechien verteilen sich die Meinungen zur Erweiterung ganz anders: 60%, d. h. die absolute Mehrheit, sind dagegen und nur weniger als ein Drittel sähe gern neue Mitglieder in der europäischen Gemeinschaft.

8

Vertrauen in die EU und in die nationalen politischen Institutionen

Aus den Eurobarometer-Erhebungen von 2010 und 2015 lassen sich drei Schlussfolgerungen ziehen. **Erstens: Infolge der zahlreichen Krisen ist in den zurückliegenden fünf Jahren das Vertrauen der europäischen Bürger in die Europäische Union gesunken. Zweitens: Obwohl in Ungarn das Vertrauen in die EU erheblich abgenommen hat, sind die ungarischen Bürger noch immer weniger euroskeptisch als im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten. Drittens: Das Vertrauen in die heimische Politik sank stärker als das in die EU:** Das Vertrauen in innenpolitische Akteure in Ungarn und der EU insgesamt sank stärker als das in die EU-Institutionen.

Vertrauen in die Europäische Union



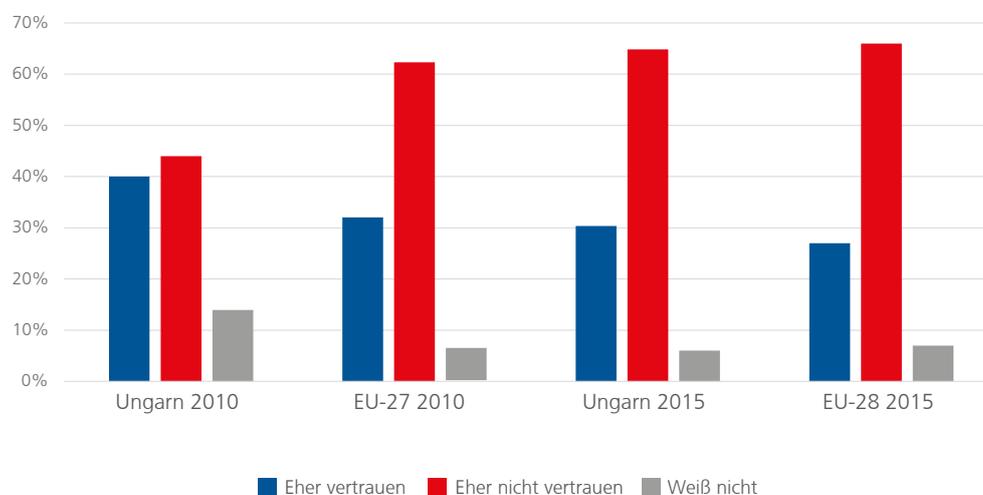
Quelle: Eurobarometer 73 und 84.

Das Vertrauen der Ungarn in die Europäische Union sank von 2010 bis 2015 um 14 Prozentpunkte von 55 auf 41%. Diese Rate sank innerhalb der Europäischen Union in etwas geringerem Maße um 10 Punkte von 42 auf 32%. **Trotz des signifikanten Rückgangs liegt der ungarische Vertrauensindex noch immer über dem Unionsdurchschnitt.** Bei Betrachtung der V4-Länder kann ein ähnlicher Sturzflug beobachtet werden: Bei den Polen fiel das Vertrauen um 15 Punkte und bei den Slowaken um 16 Punkte. Der größte Rückgang ist bei den Tschechen zu sehen: Hier sank das Vertrauen in die Europäische Union in fünf Jahren um 23 Punkte. **Allgemein kann festgestellt werden, dass die Ungarn noch immer größeres Vertrauen in die Europäische Union haben als die anderen Staaten in der Region,** deren Durchschnitt mit 36% um fünf Punkte niedriger als in Ungarn liegt.

Im Einklang mit den obigen Trends ist es nicht überraschend, **dass der Anteil der misstrauischen Bürger beträchtlich gewachsen ist. In Ungarn stieg er um 21% (51% Ende 2015) und damit fast dreimal so stark wie im Durchschnitt der Mitgliedstaaten, wo sich dieser Wert nur um 8% erhöhte.** 2015 waren in Ungarn und auch in den V4-Ländern die misstrauischen Bürger im Allgemeinen in der Mehrheit.

Stark gesunken ist in fünf Jahren auch das Vertrauen in die nationalen Parlamente. In Ungarn fiel der Anteil derjenigen, die dem Parlament vertrauen, von 41 auf 30% zurück, während in der Europäischen Union die gleiche Rate in wesentlich geringerem Maße um nur vier Punkte auf 28% sank. Das Vertrauen der Ungarn in ihre gesetzgebende Institution ist jedoch noch immer größer als im regionalen Durchschnitt, wo nur 24% der Befragten dem nationalen Parlament vertrauen. Stark nach unten gezogen wird dieses Verhältnis durch die tschechischen und polnischen Indikatoren mit ihren Werten von 17 und 19%. Dem sei jedoch hinzugefügt, dass in diesen Ländern der Anteil derjenigen, die dem Parlament vertrauten, auch schon 2010 recht niedrig war – 24% bei den Polen und 12% bei den Tschechen.

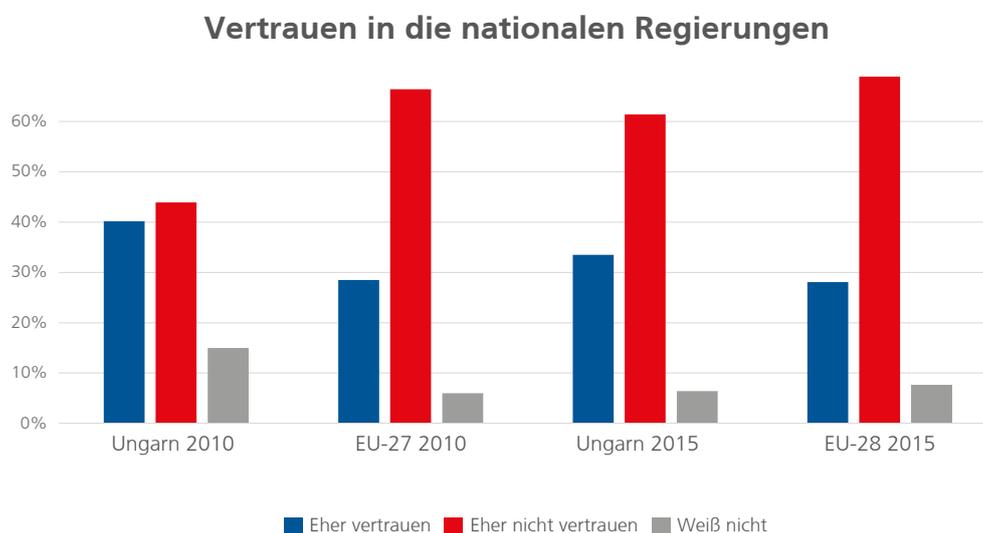
Vertrauen in die nationalen Parlamente



Quelle: Eurobarometer 73 und 84.

In Ungarn stieg der Anteil derjenigen erheblich, die dem nationalen Parlament nicht vertrauen (von 46 auf 64%). Letzterer Wert stimmt mit dem Unionsdurchschnitt überein, der sich im Wesentlichen seit 2010 nicht verändert hat (damals betrug der Anteil der misstrauischen Befragten 62%). Das entspricht im Großen und Ganzen auch dem regionalen Durchschnitt, bei dem genau zwei Drittel der Befragten ihrem nationalen Parlament nicht vertrauen. Das sind zehn Punkte mehr als 2010. Davon hebt sich der Indikator in Tschechien ab, wo 78% der Befragten kein Vertrauen in das Parlament haben, was allerdings in ihrem Fall eine gewisse Verbesserung bedeutet, da dieser Wert 2010 noch 86% betrug.

Was die nationale Regierung betrifft, so ist das Vertrauen in Ungarn auch in dieser Hinsicht beträchtlich gesunken. Ende 2015 betrug der Anteil derjenigen, die der ungarischen Regierung vertrauen, 33%, was 7% weniger als 2010 sind. Dieser Wert liegt über dem Unionsdurchschnitt, der 2015 27% betrug – knapp 2% weniger als 2010.



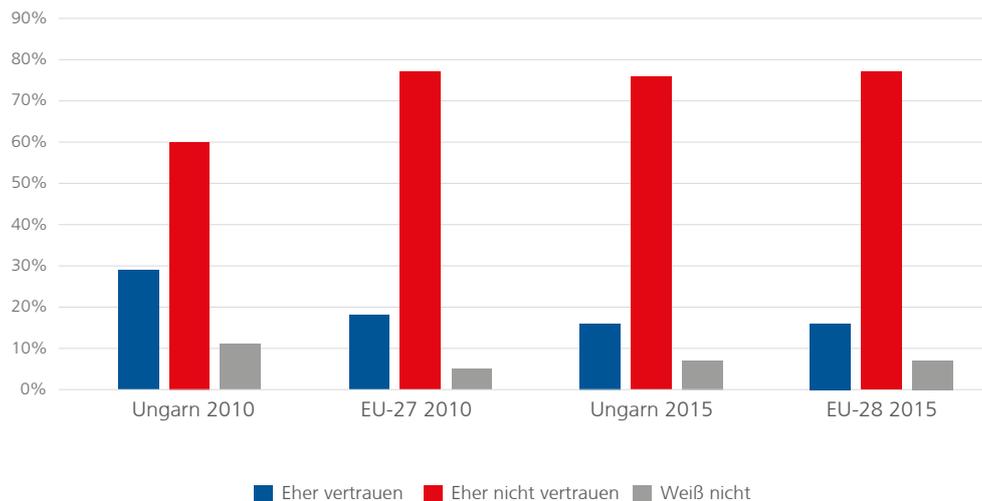
Quelle: Eurobarometer 73 und 84.

Im untersuchten Zeitraum stieg der Anteil derjenigen, die sich gegenüber der ungarischen Regierung misstrauisch zeigen, um insgesamt 15 Punkte von 44 auf 61%. Das ist die größte Veränderung im Vergleich sowohl zum Unions- als auch zum regionalen Durchschnitt. Obwohl der Anteil der misstrauischen Bürger gegenüber den nationalen Regierungen innerhalb der Union größer ist (insgesamt vertrauen 66% der Befragten ihrer eigenen Regierung nicht), hat sich letztere Zahl im Vergleich zu 2010 nicht verändert. Den regionalen Werten zufolge haben 63% der Menschen kein Vertrauen in die Regierung, was nur fünf Punkte mehr als 2010 sind. Diesen Durchschnittswert beeinflusst jedoch der hohe ungarische Wert in beträchtlichem Maße.

Gegenüber den politischen Parteien ist der Anteil der misstrauischen Bürger in Ungarn und auch europaweit am größten. In Ungarn vertrauen insgesamt 16% der Menschen den politischen Parteien – 13% weniger als 2010. Im Gegensatz dazu stieg das Misstrauen dramatischer als früher

(von 60 auf 77%). Mit anderen Worten wuchs in der letzten Zeit die an sich schon massive Mehrheit der den Parteien misstrauenden Bürger in beträchtlichem Umfang an. Auch in der Europäischen Union insgesamt sank der Anteil derjenigen, die den politischen Parteien vertrauen, von 18 auf 15%. In Bezug auf diejenigen, die sich misstrauisch zeigen, hat es im Vergleich zu 2010 keine großen Veränderungen gegeben. Der diesbezügliche Wert hatte eine hohe Ausgangsbasis und erhöhte sich kaum, nur um 1 % von 77 auf 78%.

Vertrauen in politische Parteien



Quelle: Eurobarometer 73 und 84.

Auf Basis der Erhebungen kann festgehalten werden, dass gegenwärtig weder die Europäische Union noch die nationalen politischen Institutionen das Vertrauen der Bürgermehrheit genießen. Auch die Zahlen zeigen zudem, dass das Vertrauen nicht unbedingt mit dem so genannten Demokratiedefizit zusammenhängt. Dennoch ist das Vertrauen in die Europäische Union größer als das in die nationalen Akteure, die im Prinzip in engerem Kontakt mit den Bürgern stehen.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Großteil der Europäer den EU-Institutionen noch immer größeres Vertrauen entgegenbringt als der eigenen politischen Führung. Obwohl die Beurteilung der Europäischen Union in der letzten Zeit schlechter geworden ist, kann dies angesichts des gleichschnellen Glaubwürdigkeitsverlustes der nationalen politischen Institutionen nicht als Scheitern des europäischen Projektes bezeichnet werden. **Die Untersuchungsergebnisse beweisen, dass die Entfremdung von der politischen Elite und das gesunkene Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des bestehenden Institutionsgefüges Zeichen einer systemrelevanten Krise sind, die nicht eng an die Unzufriedenheit mit der Effizienz der Brüsseler Entscheidungsmechanismen gebunden ist.** Bei einem Vergleich der Daten von 2010 und 2015 ist zu erkennen, dass es sich bei der institutionellen Krise um ein reales Problem handelt, in dessen Hintergrund in erster Linie nicht die Auffassung, die EU sei inkompetent steht, sondern vielmehr die Enttäuschung über das bestehende politische System insgesamt.

9

Die Beurteilung des Europäischen Parlaments in Ungarn

Die europäischen Bürger, und unter ihnen die Ungarn, sind nach wie vor relativ über die Arbeit des Europäischen Parlaments (EP) informiert, und das auch nach eigener Aussage, obwohl sich die Situation in dieser Hinsicht in den letzten fünf Jahren etwas verbessert hat. In Ungarn fällt das Bild 2015 nach Aussage der Befragten positiver als im Unionsdurchschnitt aus, doch auch hier sind diejenigen, die sich selbst als schlecht informiert bezeichnen, in der absoluten Mehrheit (54%), während 45% erklären, gut über die Tätigkeit des EP informiert zu sein. In den 28 EU-Mitgliedsländern behauptet demgegenüber nur etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung, über die gesetzgebende Institution der EU informiert zu sein. Der Anteil der schlecht informierten Bürger ist mit nahezu zwei Dritteln (63%) sehr hoch. **Mit anderen Worten scheinen die Ungarn, legt man die subjektiven Meinungen der Bürger zugrunde, weitaus besser informiert zu sein als der Unionsdurchschnitt.** In den V4-Ländern ist die Beurteilung der subjektiven Kenntnisse mit Ausnahme Tschechiens, wo sie gar unter dem Unionsdurchschnitt liegt, sehr ähnlich. Knapp drei Zehntel der Tschechen glauben, über die Tätigkeit des Europäischen Parlaments informiert zu sein, 70% glauben dies nicht.

Glauben Sie ganz allgemein, dass Sie sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht über die Tätigkeit des Europäischen Parlaments informiert sind?

	Ungarn 2010	EU-27 2010	Ungarn 2015	EU-28 2015
Gesamt gut informiert	33%	28%	45%	35%
Gesamt schlecht informiert	66%	69%	54%	63%
Weiß nicht	1%	3%	1%	2%

Quelle: Eurobarometer, Parlemeter.

Untersucht man die zeitlichen Veränderungen, so lässt sich **zwischen 2010 und 2015 ein positiver Trend sowohl auf Unionsebene als auch in Ungarn beobachten**. In den letzten fünf Jahren stieg in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union der Anteil der informierten Bürger von 28 auf 35%. Parallel dazu sank der Anteil derjenigen, die nach eigener Aussage in EP-Angelegenheiten schlecht informiert sind, von 69 auf 63%. **Auf Unionsebene zeigt sich demzufolge eine gemäßigte Verbesserung, wobei der Anteil derjenigen, die die Tätigkeit des Europäischen Parlaments subjektiv kennen, auch weiterhin sehr niedrig ist.**

Während der vergangenen fünf Jahre verringerte sich in der EU und auch in Ungarn der Anteil derjenigen, die dem direkt gewählten Europäischen Parlament mehr Gewicht einräumen würden, wobei diejenigen eine relative Mehrheit bilden, die meinen, das EP müsste eine wichtigere Rolle als zurzeit spielen. In Ungarn sprechen sich vier Zehntel der Bürger (43%) für eine größere Rolle des Europäischen Parlaments aus. Ihr Anteil übertrifft auch 2015 dem derjenigen, die die entgegengesetzte Meinung vertreten und genau ein Viertel der Bevölkerung ausmachen. Unter Letzteren ist der Anteil derjenigen, die mit dem Status quo zufrieden waren, etwas höher (28%). **Der Standpunkt der Ungarn in dieser Frage ist dem Durchschnitt der 28 EU-Mitgliedstaaten äußerst ähnlich.** Auch auf europäischer Ebene bilden diejenigen, die den Einfluss des EP stärken möchten, mit 43% die größte Gruppe, während diejenigen, die die Rolle dieser Institution schwächen würden, nur ein Fünftel der Befragten ausmachen. Der Anteil derjenigen, die einen neutralen Standpunkt haben, liegt mit 25% etwas niedriger. Der größte Unterschied zeigt sich im Anteil der Unentschiedenen.

Wären Sie persönlich dafür, dass das Europäische Parlament eine wichtigere oder weniger wichtige Rolle als heute spielt?

	Ungarn 2010	EU-27 2010	Ungarn 2015	EU-28 2015
Wichtigere	61%	52%	43%	44%
Weniger wichtige	13%	22%	25%	21%
Dieselbe (spontan)	23%	16%	28%	25%
Weiß nicht	3%	10%	4%	10%

Quelle: Eurobarometer, Parlemeter.

Unter den Ländern der Region möchten in Ungarn mit 43% die meisten Bürger eine Verstärkung des EP-Einflusses, was in diesen Staaten im Durchschnitt nur auf ein Drittel der Bevölkerung zutrifft. Die Slowakei ist in dieser Frage sehr geteilter Meinung – die Gruppen, die eine wichtigere, weniger wichtige bzw. dieselbe Rolle befürworten, sind gleich groß.

In Tschechien würden sich die meisten (37%) über eine weniger wichtige Rolle des EP freuen, und in Polen bilden diejenigen, die für einen Status quo sind, die relative Mehrheit (40%).

Zwischen 2010 und 2015 ging in Ungarn und auch EU-weit der Anteil derjenigen, die dem Europäischen Parlament eine wichtigere Rolle zukommen lassen würden, zurück. Noch 2010 waren die Bürger, die eine Verstärkung der Rolle unterstützten, in der absoluten Mehrheit. 2015 hingegen sank ihr Anteil auf unter 50%. In Ungarn ist der Rückgang noch auffälliger als im Unionsdurchschnitt: 2010 hätten noch über sechs Zehntel der Befragten dem EP größeres Gewicht verliehen. 2015 waren es nur noch 43% von ihnen, während sich **der Anteil der Opponenten verdoppelte. Auf Unionsebene war 2010 noch jeder zweite Bürger für ein größeres Gewicht des EP. Ihr Anteil verringerte sich 2015 jedoch auf 44%. Im Gegensatz dazu stieg in Ungarn nicht der Anteil derjenigen, die die Rolle des Europäischen Parlaments mindern wollen (hier zeigt sich innerhalb der Fehlergrenze gar ein Rückgang). Vielmehr ging die Zahl derjenigen sprunghaft in die Höhe, die mit der gegenwärtigen Situation zufrieden sind. **Während demnach 2010 die Ungarn in viel größerem Umfang als im Unionsdurchschnitt dem Europäischen Parlament einen größeren Wirkungsbereich gegeben hätten, war 2015 dieser Enthusiasmus erheblich schwächer und dem zuvor etwas niedrigeren EU-Durchschnitt angepasst.****

Grundsätzlich betrachten die Ungarn in Übereinstimmung mit den Unionstendenzen die Werte, die das Europäische Parlament ihrer Meinung nach besonders schützen sollte, wobei sie gewissen Werten eine etwas geringere Bedeutung beimessen als die Europäer im Durchschnitt. Weiterhin ist die Meinung der Ungarn im Vergleich zum EU-Durchschnitt stärker veränderlich: Im Gegensatz zu den ungarischen Werten zeigen die Umfragen auf Gemeinschaftsebene eine recht große Stabilität.

Eindeutig betrachten die europäischen – und unter ihnen die ungarischen Bürger – den Schutz der Menschenrechte als Aufgabe des Europäischen Parlaments. 2015 nannten in Ungarn und auch in den 28 EU-Mitgliedstaaten mit sechs von zehn Befragten die meisten diesen europäischen Wert, **nahezu doppelt so viele, wie den auf Rang 2. Auf europäischer Ebene ist Letzterer die Redefreiheit**, die ein Drittel der Bürger (34%) unter den vom EP zu vertretenden Grundwerten einordnet. **Für eine im Wesentlichen ebenso wichtige Aufgabe halten sie die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und die Bewahrung der Gleichberechtigung von Frau und Mann (je 32%)** bzw. deren Förderung. **In Ungarn steht die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten an zweiter Stelle (33%). Redefreiheit und Gleichberechtigung von Frau und Mann werden in geringerem Maße als im EU-Durchschnitt für Werte gehalten, die das Europäische Parlament besonders schützen muss.** Erstere ordnet ein Viertel der Befragten und Letzteres nur jeder fünfte Ungar diesen Werten zu. Diese beiden signifikanten Unterschiede zeigen sich zwischen den ungarischen und den gesamteuropäischen Meinungen. Unter den weiteren, häufig genannten Werten werden die Solidarität der EU mit den ärmeren Ländern der Welt und die Förderung des Dialogs zwischen den Kulturen und Religionen in beiden untersuchten Gruppen ähnlich bewertet – etwa ein Fünftel der Befragten hält diese für Werte, die das Europäische Parlament schützen muss.

Welche der folgenden Werte müsste das Europäische Parlament Ihrer Meinung nach besonders schützen?

	Ungarn 2010	EU-27 2010	Ungarn 2015	EU-28 2015
Die Menschenrechte	72%	60%	61%	59%
Die Redefreiheit	27%	36%	25%	34%
Die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	43%	35%	33%	32%
Die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann	30%	36%	20%	32%
Die Solidarität der Europäischen Union mit den armen Ländern der Welt	28%	25%	21%	23%
Den Dialog zwischen Kulturen und Religionen	20%	22%	20%	21%

Quelle: Eurobarometer, Parlemeter.

Auch die anderen V4-Länder folgen im Großen und Ganzen den Unionswerten. In Polen erwarten vom EP etwas weniger Bürger als im Durchschnitt der anderen drei Länder den Schutz der Menschenrechte (56%). Tschechen und Polen halten die Solidarität der EU mit ärmeren Ländern bzw. den Dialog zwischen Kulturen und Religionen für weniger wichtig. Die Redefreiheit wiederum betrachten in beiden Ländern in einem dem EU-Durchschnitt entsprechenden Verhältnis, d. h. weitaus mehr Bürger als in Ungarn für Werte, die das EP schützen muss. **Bei der Beurteilung der Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann sind die Ungarn das Schlusslicht, denn in allen drei mittelosteuropäischen Ländern hält man diese Frage in Verbindung mit der Tätigkeit des Europäischen Parlaments für wichtiger.**

Angesichts der Veränderungen in den vergangenen fünf Jahren kann die Aussage getroffen werden, dass **die Meinung der Ungarn von Volatilität gekennzeichnet ist. Im Gegensatz dazu zeigt sich auf europäischer Ebene die Wertbeurteilung der Bürger bezüglich des Europäischen Parlaments viel stabiler. Die Veränderungen weisen eindeutig und entschieden eine sinkende Tendenz, d. h. in negativer Richtung, auf: Bei fast allen Werten sind immer weniger der Meinung, dass sich das Europäische Parlament verstärkt für sie einsetzen müsste.** Das ist auch auf Unionsebene der Fall, wobei es sich hier nur um eine Verschiebung von 1 bis 4%, d. h. im Grunde genommen um eine Stagnation bzw. einen gemäßigten Rückgang handelt. **In Ungarn sind demgegenüber stärkere Rückgänge von teilweise bis zu zehn Prozentpunkten zu verzeichnen.** In solch erheblichem Maße sanken der Schutz der Menschenrechte (von 72 auf 61%), die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten (von 43 auf 33%) und die Gleichberechtigung von Frau und Mann (von 30 auf 20%). Signifikant von 28 auf 21% verringerte sich auch der Anteil derjenigen, die die Solidarität der EU mit ärmeren Ländern für wichtig halten. Dagegen hat die Beurteilung der Redefreiheit nur minimal

abgenommen, und die Befürwortung eines Dialogs zwischen Kulturen und Religionen hat sich in Ungarn nicht verändert. Diese Daten stehen mit großer Wahrscheinlichkeit im Zusammenhang mit der Tatsache, dass im Allgemeinen weniger Menschen der Meinung sind, dass das Europäische Parlament eine bedeutendere Rolle als heute spielen sollte.

Auf der Grundlage der Parlemeter-Umfrage von 2015 kann festgestellt werden, dass **die Ungarn neutral zum Europäischen Parlament eingestellt sind, was auch von der EU insgesamt gesagt werden kann**. In Ungarn ruft das Europäische Parlament bei jeweils einem Viertel der Befragten (je 25%) ein positives bzw. negatives Bild hervor. Auch diejenigen, die gegenteiliger Meinung sind, sind prozentual etwas weniger als die mit einer neutralen Haltung gegenüber dem gesetzgebenden Gremium der EU: **Diese Aussage trifft auf mehr als die Hälfte der Ungarn zu (51%)**.

Das EP-Bild spiegelt den Unionsdurchschnitt getreu wieder. In den 28 EU-Mitgliedstaaten betrachten im Durchschnitt 24%, wie in Ungarn, das Europäische Parlament als eine positive Institution. Der Anteil der negativ Eingestellten ist nur um wenig höher (27%), und einen größeren Anteil haben unionsweit auch die Unentschiedenen. Parallel dazu ist der Prozentsatz derjenigen, die sich selbst als neutral bezeichnen, etwas geringer. Damit ist dies in Europa die überwiegende Haltung zum Europäischen Parlament, die mit 46% fast die Hälfte der Befragten einnimmt. **Im regionalen Vergleich können die ungarischen Werte als gut bezeichnet werden. Nur in Polen ist der Anteil derjenigen, die das EP positiv bewerten, höher (32%)**. In der Slowakei und vor allem in Tschechien fallen die allgemeinen Meinungen zum Europäischen Parlament negativer als in Ungarn aus: In diesen beiden Ländern sehen ein Drittel bzw. ein Viertel der Befragten das Europäische Parlament negativ und nur weniger als ein Fünftel positiv.

Über die Autoren

András Bíró-Nagy ist Co-Direktor und Leiter des Forschungsteams von Policy Solutions. Zuvor arbeitete er bei der Europäischen Kommission als politischer Berater von László Andor, Ungarns EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration. András Bíró-Nagy ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und Dozent an der Corvinus-Universität Budapest.

Tibor Kádlót ist politischer Analyst beim Think Tank Policy Solutions. Er studierte Gesellschaftswissenschaften (BA) und Politikwissenschaften (MA) an der Eötvös-Lóránd-Universität mit einer Spezialisierung auf Wahlsysteme.

Ádám Köves ist politischer Analyst beim Think Tank Policy Solutions. Ádám Köves absolvierte Politikwissenschaften (MA) an der Universität Edinburgh und studiert zur Zeit Internationale Beziehungen an der Sciences Po.

Impressum

©2016

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber: Büro Budapest, Abteilung Internationaler Dialog

H-1056 Budapest, Fővám tér 2-3 Hungary

Tel.: +36-1-461-60-11

Fax: +36-1-461-60-18

E-Mail: fesbp@fesbp.hu

www.fesbp.hu

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.



Policy Solutions

H-1065 Budapest, Révay utca 10.

+36-1-474-87-48

info@policysolutions.hu

www.policysolutions.hu



Friedrich-Ebert-Stiftung | Budapesti Iroda

H-1056 Budapest, Fővám tér 2-3.

+36-1-461-60-11

fesbp@fesbp.hu

www.fesbp.hu

